



Anpassung statt Aufbruch

IHK-Energiewende-Barometer 2015

Fakten | Trends | Forderungen



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2015

Copyright: Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel
IHK-Energiewende-Barometer ISSN 2196-9876

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon +32(0)2 286 1611 | Telefax +32(0)2 286 1605

Internet: www.dihk.de

Durchführung DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Dr. Hermann Hüwels, Mark Becker, Dr. Sebastian Bolay, Till Bullmann, Jakob Flechtner

Berlin, September 2015

EINFÜHRUNG

Mit dem „Energiewende-Barometer“ stellt der DIHK die Ergebnisse zweier Umfragen vor:

- einer Online-Unternehmensbefragung, an der sich das unternehmerische Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben,
- und einer Umfrage unter den IHK-Federführern Energie in den 16 Bundesländern. Sie koordinieren die energiepolitische Arbeit der IHKs in den jeweiligen Bundesländern.

Grundlage der Auswertung der Unternehmensbefragung sind 2.174 Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (42 Prozent), Bauwirtschaft (vier Prozent), Handel (15 Prozent) und Dienstleistungen (39 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 16 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 35 Prozent aus dem Westen, zu 21 Prozent aus dem Osten und zu 29 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragungen fanden vom 9. Juni bis 1. Juli 2015 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| 1. Das Wichtigste in Kürze | 2 |
| 2. Energiewende-Barometer: Die Sicht der Unternehmen..... | 5 |
| 3. Energiewende: Anpassung statt Aufbruch..... | 6 |
| 4. Energiepreise: Endkunden profitieren nur teilweise von Preisrückgängen | 15 |
| 5. Versorgungssicherheit: Stockender Netzausbau bereitet Unternehmen Sorgen | 20 |
| 6. Unternehmen setzen Energiewende um | 24 |
| 7. Auf dem Weg zu einer besseren Abstimmung der Bundesländer?..... | 29 |
| 8. Zusammenfassung: Das fordert die Wirtschaft | 32 |

1. Das Wichtigste in Kürze

I. Unternehmen stellen sich der Energiewende

- Die Unternehmen bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2015 mit -3,4 und damit deutlich weniger kritisch als in den Vorjahren (-12,5 in 2012, -10,7 in 2013, -12,8 in 2014). Zu dieser Entwicklung hat die Atempause beim Anstieg der Strompreise beigetragen. Aufbruchsstimmung kann die Energiewende angesichts bereits wieder absehbarer Preissteigerungen und möglicher Risiken bei der Versorgungssicherheit aber nicht verbreiten.



Quelle: DIHK

- Der Anteil der Unternehmen, die eine negative (19 Prozent) oder sehr negative Bewertung (5 Prozent) vornehmen, ist deutlich zurückgegangen. 2014 wirkte sich die Energiewende noch bei 34 Prozent der Unternehmen negativ oder sehr negativ aus. Der Anteil der Unternehmen, für die sich die Energiewende positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, ist aber nicht im gleichen Maße gestiegen: In diesem Jahr waren es insgesamt 17 Prozent gegenüber 14 Prozent im Vorjahr.
- Immer mehr Unternehmen bewerten die Energiewende neutral. Für sie bestehen kaum Auswirkungen auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Viele haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die hohen Stromkosten mit Effizienzmaßnahmen, dem Aufbau einer eigenen Stromerzeugung oder der Weitergabe von Kosten an die Kunden reagiert.

II. Industrie: Die Skepsis bleibt

- Zwar konnte auch die Industrie von dem positiven Trend profitieren, ihre Bewertung fällt mit einem Barometerwert von -20,6 aber weiter kritisch aus. Von Entwarnung keine Spur: Insgesamt 44 Prozent der Industriebetriebe bewerten die Energiewende negativ. Demgegenüber können - ähnlich wie in den Vorjahren - nur 13 Prozent von der Energiewende profitieren.

- Der Handel nähert sich mit einem Barometerwert von -5,5 in einem großen Schritt einer neutralen Bewertung der Energiewende für das eigene Geschäft. 2014 lag der Wert noch bei -18. Sowohl die Bau- (+ 2,5) als auch die Dienstleistungsbranche (+5,5) haben in diesem Jahr zum ersten Mal ein positives Fazit aus der Energiewende gezogen. Hier kommt wohl vor allem die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Preisrallye der letzten Jahre ein Ende hat.

III. Chancen und Risiken ungleich verteilt

- Immer deutlicher zeigt sich, dass die Chancen und Risiken der Energiewende regional unterschiedlich verteilt sind. Während Unternehmen im Norden (+1,5) und Süden (+2,1) insgesamt inzwischen eine leicht positive Bewertung vornehmen, fällt die Bewertung im Osten (-9,8) und Westen (-8,4) trotz Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr weiter negativ aus.
- In allen Größenklassen zeigt sich der Trend hin zu einer weniger kritischen Bewertung. Gleichzeitig zeigt sich, dass es größeren Unternehmen besser gelingt, die Chancen der Energiewende über die Erschließung neuer Geschäftsfelder oder neuer Absatzmärkte zu nutzen. Gegen den allgemeinen Trend stieg bei Betrieben mit 500 bis 999 Mitarbeitern der Anteil der Unternehmen, die Projekte zur Erschließung neuer Geschäftsfelder durchgeführt haben, von 11 auf 17 Prozent.

IV. Energiepreise: Endkunden profitieren nur teilweise von Preisrückgängen

- Einhergehend mit den sinkenden Einfuhrpreisen für Öl und Erdgas konnten mehr Unternehmen von Rückgängen bei ihren Energiepreisen profitieren (31 Prozent) als von Preis erhöhungen betroffen waren (22 Prozent). Bei den Strompreisen hingegen melden die Unternehmen trotz der leicht gesunkenen EEG-Umlage weiter mehr Erhöhungen (28 Prozent) als Senkungen (17 Prozent). Die Energiekosten haben sich damit zwar auf hohem Niveau stabilisiert, im europäischen und internationalen Vergleich bleibt die Kostenbelastung aber hoch.
- Der Trend, Lieferverträge zu prüfen und anzupassen, hat sich abgeschwächt. 9 Prozent der Unternehmen planen einen Lieferantenwechsel gegenüber 12 Prozent im Vorjahr. Die Weitergabe steigender Energiekosten ist für weniger Unternehmen erforderlich. Der Anteil der Unternehmen, die keine Maßnahmen zur Kostenweitergabe vorsehen, ist von 54 auf 62 Prozent gestiegen.

V. Versorgungssicherheit bereitet jedem fünften Unternehmen weiter Probleme

- Die Versorgungsqualität bleibt bei Strom und Gas im internationalen Vergleich auf hohem Niveau. Trotzdem: Wie im Vorjahr hatte rund ein Fünftel der Unternehmen zumindest einmal in den vorausgegangenen zwölf Monaten Probleme mit der Versorgung. Erneut liegen die Werte für Süddeutschland über dem Durchschnitt (23 Prozent).
- Innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren bleibt die Industrie am stärksten von Versorgungsunterbrechungen betroffen (30 Prozent). Häufiger als in anderen Sektoren wirken sich Unterbrechungen in der Industrie zudem auf die Geschäftstätigkeit aus: 19 Prozent erlitten Produktionsbeeinträchtigungen (21 Prozent in 2014).

VI. Unternehmen nutzen Einsparpotenziale

- Die Wirtschaft reagiert auf die Energiewende und sieht die Energieversorgung immer mehr als Managementaufgabe: Viele Betriebe haben bereits Maßnahmen verwirklicht oder befinden sich in der Umsetzung oder Planung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (77 Prozent), zur Optimierung der eigenen Beschaffungsstrategie (50 Prozent), zur Absicherung gegen Versorgungsunterbrechungen (43 Prozent), zum Bezug erneuerbarer Energien (39 Prozent) sowie zum Aufbau einer (teilweisen) Eigenversorgung (37 Prozent).
- In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil an Unternehmen, die solche Maßnahmen bereits umgesetzt haben, kontinuierlich erhöht. Im Fall der Energieeffizienzmaßnahmen seit 2012 sogar verdoppelt. Gleichzeitig sinkt der Anteil derjenigen, die für die kommenden fünf Jahre ein Einsparpotenzial von mehr als fünf Prozent des Energieverbrauchs in ihrem Unternehmen sehen (27 Prozent).

VII. Weiter hoher Handlungsbedarf, Netzausbau vorantreiben

- Insgesamt bewertet die deutsche Wirtschaft die Energiewende weniger negativ als in der Vergangenheit. Die Atempause beim Anstieg der Strompreise, das reformierte EEG und die Erklärungen der Politik zur künftigen Ausgestaltung der Energiewende näher am Markt haben dazu beigetragen. Die Unsicherheit hinsichtlich der mittelfristigen Gewährleistung der Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähiger Preise bleibt aber bestehen.
- Unter den Forderungen der Unternehmen zur Energiewende steht der Netzausbau mit 75 Prozent der Nennungen klar an erster Stelle der Prioritäten, gefolgt von einer besseren Koordination der Energiewende (62 Prozent) und der Senkung von Strompreisabgaben (61 Prozent).
- Mit 43 Prozent in diesem Jahr gegenüber 36 Prozent im vergangenen Jahr sprechen sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Rahmenbedingungen wieder deutlich mehr Unternehmen dafür aus, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben.

2. Energiewende-Barometer: Die Sicht der Unternehmen

Ziel der Energiewende ist es, in Deutschland ein kernenergiefreies und CO₂-armes Energiesystem zu etablieren. Die deutsche Energiewende steht - gerade auch angesichts der anstehenden UN-Klimakonferenz in Paris - weltweit in der öffentlichen Diskussion. Die Bewertung fällt durchaus unterschiedlich aus. Die Einschätzungen reichen von einem unkalkulierbaren Wagnis bis hin zu einer Vorbildfunktion. In jedem Fall stellt die Energiewende eine große Herausforderung für Politik und Wirtschaft dar.

Die Energiewende ist in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst ein politisches Projekt, das durch Gesetze und Verordnungen gestaltet wird. Der Umbau des gesamten Energiesystems findet aber letztlich ganz konkret in den Regionen und in den Unternehmen statt. Erst hier zeigt sich, ob Anspruch und Wirklichkeit der Energiewende übereinstimmen und wo Korrekturen erforderlich sind. Unverkennbar ist, dass der grundlegende Umbau der Stromversorgung die Unternehmen in sehr unterschiedlicher Weise betrifft. Der Hersteller von Windrädern, der Projektierer von Solarkraftwerken, der regionale oder überregionale Energieversorger, der Mittelständler oder der energieintensive Industriebetrieb im harten globalen Wettbewerb haben hinsichtlich der Chancen und Risiken dieses Vorhabens unterschiedliche Perspektiven. Diese Perspektiven zu beschreiben und miteinander ins Verhältnis zu setzen, ist Aufgabe des vorliegenden vierten Energiewende-Barometers der IHK-Organisation.

Dieses vierte Energiewende-Barometer der IHK-Organisation beruht auf einer Umfrage zu Energiepreisen, -einsatz und -versorgung, zu Maßnahmen, mit denen die Unternehmen auf die Folgen der Energiewende reagieren, und zu den Forderungen der Wirtschaft an die Politik. Soweit nach Energiepreisen gefragt wird, reflektieren die Antworten auch Entwicklungen auf den Weltmärkten für Öl und Gas, auf die die deutsche Energiepolitik keinen direkten Einfluss hat. Beides steht aber dennoch in enger Beziehung, da die Energiewende die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern und deren Preiskapriolen senken soll. An der Umfrage im Juni und Juli 2015 haben sich insgesamt 2.174 Unternehmen beteiligt.

3. Energiewende: Anpassung statt Aufbruch

Unternehmen können sich nur im Wettbewerb behaupten, wenn sie ihre Produkte und Dienstleistungen zu konkurrenzfähigen Preisen und Qualitäten auf dem heimischen sowie globalen Markt anbieten können. Die Energiewende führt bislang, insbesondere in Abhängigkeit von der Stromintensität des einzelnen Unternehmens, zu Stromkostensteigerungen (vgl. Kapitel 4). Hinzu kommen Risiken für die Versorgungssicherheit (vgl. Kapitel 5) und Sorgen um die Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen (vgl. Kapitel 8). Demgegenüber stehen Impulse für die Entwicklung, Vermarktung, Installation und Wartung von neuen Erzeugungs- und Effizienztechnologien (vgl. Kapitel 6). Dies führt neben der höheren Wertschöpfung in Deutschland perspektivisch auch zu einer geringeren Abhängigkeit von endlichen Energierohstoffen sowie einer Entlastung von Klima und Umwelt.



Abbildung 1: DIHK-Energiewende-Barometer.

Die Erfahrungen der Wirtschafts- und Währungskrise verdeutlichen die Vorteile einer breiten Wirtschaftsstruktur einschließlich einer starken Industrie.¹ Diese muss auch im Zuge der Energiewende weiterhin konkurrenzfähig bleiben. Auch in Zukunft muss der Standort Deutschland für Unternehmen aller Sektoren und Wertschöpfungsstufen attraktiv bleiben. Das „Generationenprojekt Energiewende“ ist nur dann ein Gewinn für den Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn die Chancen und Impulse die Risiken überwiegen. In allen Phasen sollten Chancen und Risiken zumindest ausgewogen sein.

¹ Während der Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt in der EU insgesamt auf 15,3 Prozent abgesunken ist, liegt der Anteil in Deutschland bei 25,5 Prozent (2013, ohne Baugewerbe).

Aus Sicht der Unternehmen übersteigen die Risiken der Energiewende nach wie vor die Chancen, wenn auch nur noch leicht. Auf einer Skala von -100 (Auswirkungen von allen „sehr negativ“ bewertet) bis +100 (alle „sehr positiv“) liegt die durchschnittliche Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei -3,4². Gegenüber den vorangegangenen Jahren hat sich der Wert deutlich verbessert. 2012 lag er bei -12,5, 2013 bei -10,7 und 2014 bei -12,8.³

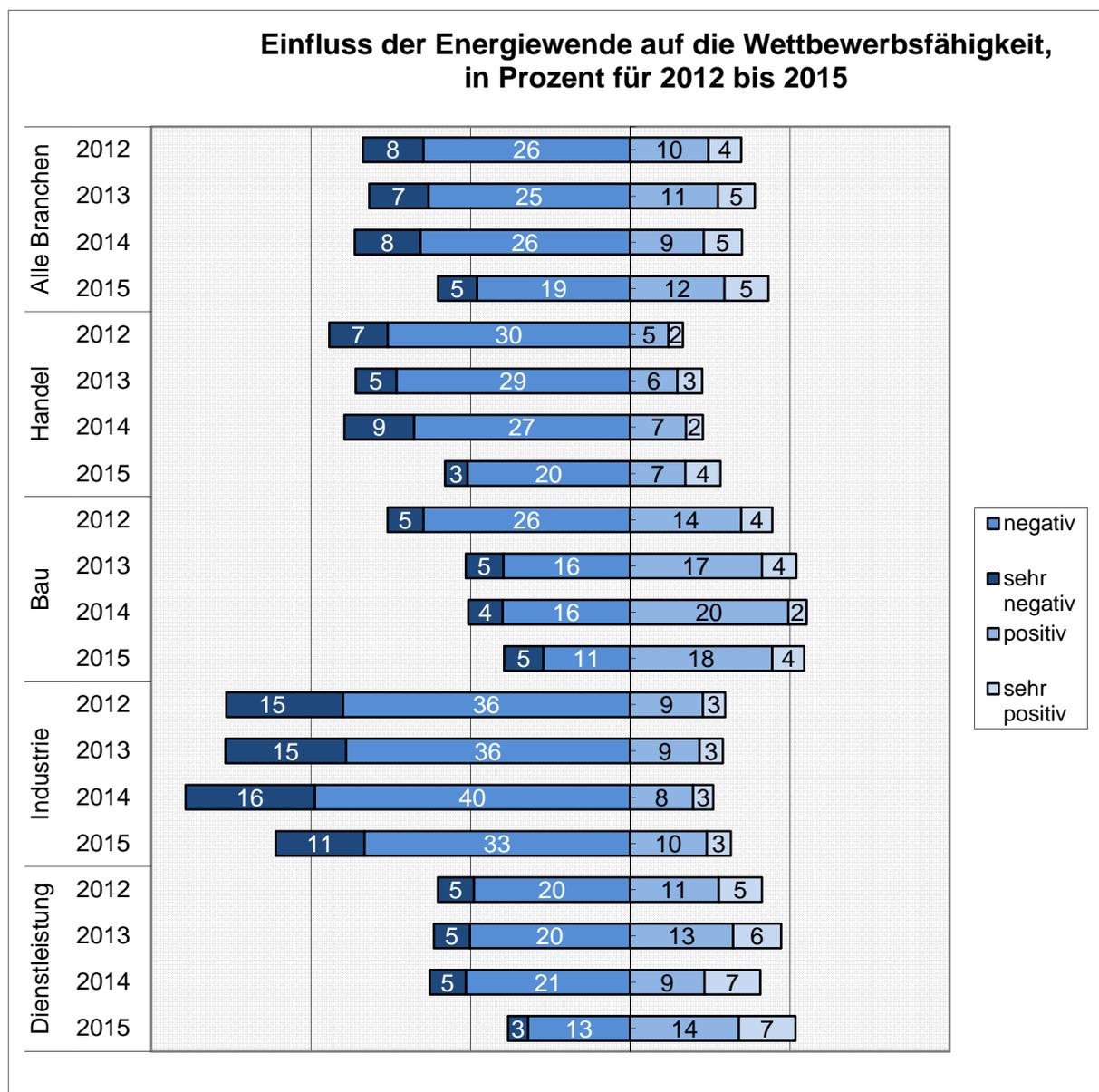


Abbildung 2: Einfluss der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmen mit positiver und negativer Bewertung in Prozent. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.⁴

² Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“ geantwortet.

³ IHK-Energiewende-Barometer 2012: Noch überwiegt die Skepsis. IHK-Energiewende-Barometer 2013: Unternehmen packen's an – die Skepsis bleibt. IHK-Energiewende-Barometer 2014: Mehr Verlierer weniger Gewinner.

⁴ Fehlende Prozentangaben zu 100 Prozent: Neutral bzw. keine Einschätzung möglich.

Die Zahl der negativen und positiven Einschätzungen gleichen sich einander an. Die kritischen Bewertungen (negativ und sehr negativ) sind um 10 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Der Anteil der Unternehmen mit einer positiven Bewertung ist hingegen um etwa 3 Prozentpunkte angestiegen. Die Mehrheit der Unternehmen (52 Prozent) nimmt inzwischen eine neutrale Bewertung vor. Dahinter stehen Unternehmen, die nunmehr einen geringen Einfluss der Energiewende auf ihr eigenes Geschäft sehen oder bei denen sich negative und positive Einflüsse ausgleichen. Daher bleibt als Fazit für 2015: Die Bewertung der Energiewende ist deutlich weniger negativ als vor Jahresfrist. Sie ist aber noch weit davon entfernt, Aufbruchstimmung zu verbreiten.

Die verbesserte Bewertung der Energiewende erklärt sich nach Einschätzung des DIHK durch die Aktivitäten der Politik zur Stabilisierung der Rahmenbedingungen für die Energiewende in den vergangenen Monaten. Die Auswirkungen des 2014 überarbeiteten Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG 2.0) sind für die Unternehmen inzwischen absehbar. In wesentlichen Punkten konnte die Bundesregierung mit der Europäischen Kommission eine Einigung zur Besonderen Ausgleichsregelung für energieintensive Industrien erzielen. Mit dem Prozess zur künftigen Ausgestaltung des Strommarktes, einschließlich der Einigung der Koalitionsspitzen auf „Eckpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“ vom 1. Juli 2015, demonstriert die Politik Entschlossenheit. Viele Unternehmen haben die Hoffnung, die Energiewende werde ein Schritt weit marktwirtschaftlicher und damit verlässlicher und planbarer. Die entspanntere Sicht auf die Energiewende ist insofern ein Vertrauensvorschuss an die Politik, dass die angekündigten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden

Zur Stabilisierung dürften weiterhin folgende Faktoren beigetragen haben:

- die EEG-Umlage ist 2015 erstmals gesunken, wenngleich nur marginal,
- gleichzeitig ist der Ölpreis in den vergangenen Monaten deutlich bis in die Nähe eines Sechs-Jahre-Tiefs gefallen,
- trotz der Ukraine-Krise bleiben die Gaspreise auf niedrigem Niveau, die Versorgung mit Erdgas scheint gesichert,
- gesunkene Großhandelspreise für Strom erreichen zunehmend auch die mittleren und kleinen Unternehmen,
- Anpassungsreaktionen auf hohe Strompreise, wie z. B. Investitionen in Energieeffizienz zeigen mehr und mehr Wirkung,
- die konjunkturellen Rahmenbedingungen in Deutschland sind aktuell stabil.

Die Herausforderungen der Energiewende sind aber noch lange nicht bewältigt. Vielmehr kündigen sich schon heute Risiken an, die erst mittel- bis langfristig in ihrem vollen Umfang zum Tragen kommen:

- Der schleppende Ausbau des Übertragungsnetzes steht einer hohen Versorgungssicherheit, wirtschaftlichen Strompreisen und dem freien Handel im europäischen Strombinnenmarkt entgegen. Der heiße und sonnige Sommer 2015 ist Vorbote der künftigen Entwicklung: hoher Einsatz teurer Redispatch-Kapazitäten zur Stabilisierung der Netze.
- Anstieg der Netzentgelte aufgrund des notwendigen Ausbaus der Verteilnetze, insbesondere in Regionen mit hohem EE-Ausbau, sowie der Übertragungsnetze. Weitere Kostensteigerungen sind mit der Ankündigung eines Vorrangs von Erdkabeln für die Gleichstromtrassen zu erwarten.
- Anstieg der KWK-Umlage in Folge steigender Subventionen.

Die Energiewende im regionalen Vergleich

Die Energiewende verteilt Chancen und Risiken zwischen den Regionen weiter unterschiedlich. Während der **Norden** (Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) mit +1,5 und der **Süden** (Baden-Württemberg und Bayern) mit +2,1 inzwischen eine leicht positive Bilanz ziehen, werden die Folgen der Energiewende im **Westen** (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland) mit -8,4 und **Osten** (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) mit -9,8 weiter negativ eingeschätzt - wenngleich deutlich weniger kritisch als in den Vorjahren

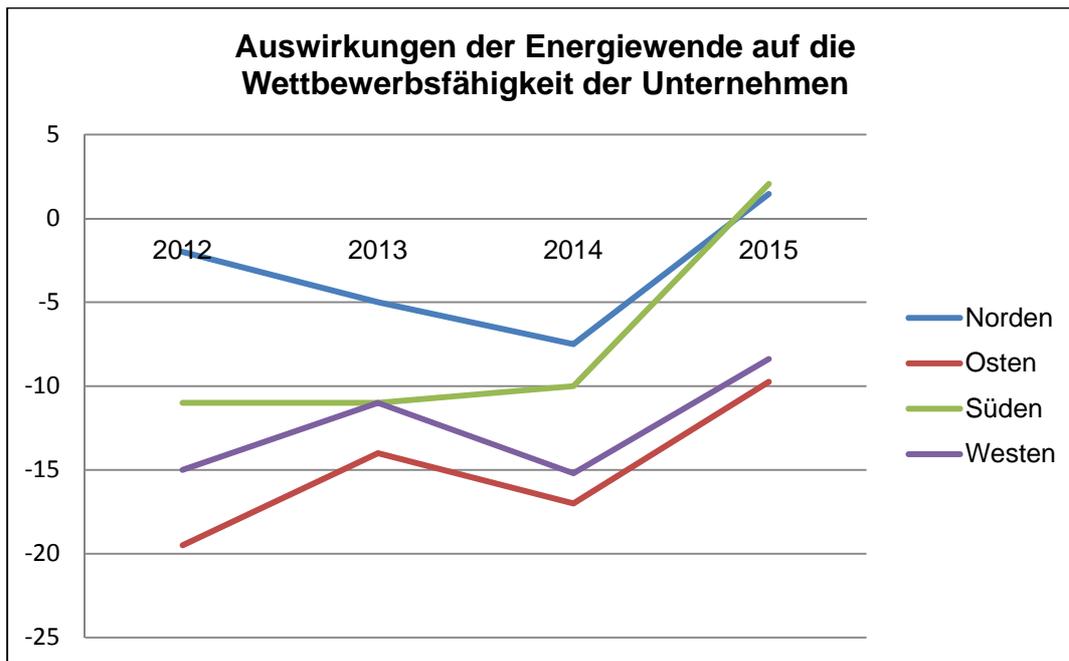


Abbildung 3: Bewertung Energiewende nach Regionen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

In der ostdeutschen Wirtschaft werden die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit weiterhin am negativsten gesehen. Nur etwas mehr als jedes zehnte Unternehmen (13,3 Prozent) sieht für sich derzeit mehr Vorteile als Risiken. Immerhin sind die Einschätzungen „negativ“ und „sehr negativ“ zusammen um 10 Prozentpunkte gesunken. Ostdeutsche Unternehmen drücken die im Bundesvergleich hohen Stromnetzentgelte, die in vielen Regionen zu Standortnachteilen führen.

Auch in den westlichen Bundesländern bereiten die Folgen der Energiewende vielen Unternehmen weiter Sorgen: Nur noch 13,5 Prozent der Unternehmen profitieren nach eigener Einschätzung von der Energiewende, kaum mehr als Vorjahr (12,6 Prozent). Ein gutes Viertel (27,3 Prozent) sieht seine Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Wie in Ostdeutschland prägt der relativ hohe Anteil energieintensiver Industrieunternehmen die im Bundesvergleich kritische Bewertung.

In Süddeutschland hat sich der Wert des Energiewende-Barometers von Umfrage zu Umfrage verbessert. Die negativen Bewertungen sind seit dem Vorjahr um mehr als 10 Prozentpunkte auf 21,2 Prozent zurückgegangen, gleichzeitig stieg der Anteil der positiven Bewertungen auf 21,3 Prozent. Damit gleichen sich positive und negative Einflüsse der Energie-

wende auf die einzelnen Unternehmen inzwischen aus. Die stetige Verbesserung des Barometerwerts zeigt eine hohe Anpassungsfähigkeit der süddeutschen Wirtschaft. So ist beispielsweise der Anteil der Unternehmen, die Effizienzmaßnahmen umgesetzt haben oder dies planen, in Süddeutschland besonders hoch. Zudem ist der wegen der Abschaltung von Kernkraftwerken befürchtete Blackout bisher ausgeblieben. Nach der Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld im Mai 2015 steht für den kommenden Winter eine weitere Bewährungsprobe für die Versorgungssicherheit in Süddeutschland an.

In Norddeutschland fällt die Bilanz der Energiewende in der Wirtschaft mit 1,5 leicht positiv aus. Von einem Fünftel der Unternehmen (20,3 Prozent) wird die Energiewende als positiv für das eigene Geschäft gesehen. Der Anteil der Unternehmen mit kritischer Bewertung ist jedoch ähnlich hoch (20,3 Prozent). Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Windenergieausbau, kommt vielen norddeutschen Unternehmen direkt oder indirekt zugute.

Die Energiewende im Branchenvergleich

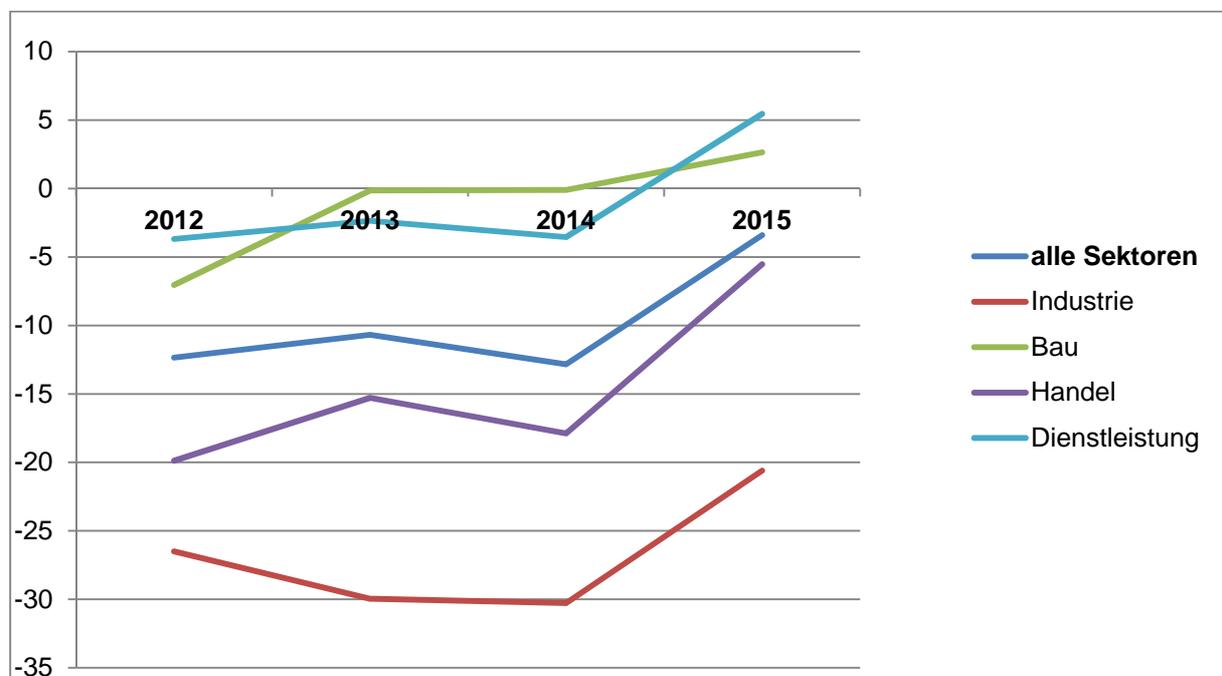


Abbildung 4: Bewertung der Sektoren: Einfluss der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Industrie: Gegenmaßnahmen zeigen Wirkung

Aufgrund ihrer spezifisch höheren Energieintensität und besonderen Anforderungen an eine unterbrechungsfreie Stromversorgung sind **Industrieunternehmen** von Kostensteigerungen und Problemen mit der Versorgungssicherheit besonders betroffen. Mit -20,6 erreicht allerdings auch die Industrie den mit Abstand besten Wert aller bisherigen Barometer, bleibt im Vergleich zur Gesamtwirtschaft aber weiterhin deutlich kritischer. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Wert um 9,4 Punkte verbessert, von Entwarnung kann aber nicht gesprochen werden.

Zwar bewerten 13 Prozent die Energiewende als gut für das eigene Geschäft (+2 Prozentpunkte), gleichzeitig sehen 44 Prozent sie weiterhin als Gefahr (-11 Prozentpunkte). Elf Pro-

zent sehen die Energiewende sehr negativ - fast genauso viele wie solche Unternehmen, die eine positive oder sehr positive Einschätzung abgeben. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass trotz sinkender Ölpreise und konstanter Strompreise die Energiekostenschere zu anderen Ländern in Europa oder den USA für die meisten Unternehmen nach wie vor weit geöffnet ist. Für besonders energieintensive Industrieunternehmen sind Reduzierungen bei EEG-Umlage, Stromsteuern und Netzentgelten Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Strompreise.⁵ Der Druck auf die Industrie bleibt damit trotz verbessertem Barometerwert hoch.

Gleichzeitig haben Industrieunternehmen ausweislich ihrer Antworten in den vergangenen Jahren in ihre Energieversorgung und eine effiziente Energienutzung investiert: So arbeiten 93 Prozent der Industrieunternehmen daran, ihre Energieeffizienz zu verbessern, gegenüber 77 Prozent über alle Sektoren hinweg. 55 Prozent der Industrieunternehmen interessieren sich zudem für das Thema Eigenerzeugung oder haben bereits in Anlagen investiert. In der Gesamtwirtschaft sind es nur 15 Prozent. Nicht alle Unternehmen verfügen über die personellen und finanziellen Kapazitäten für solche Investitionen, an manchen Stellen sind auch technische Grenzen für lohnenswerte Effizienzsteigerungen erreicht. Zudem sind Investitionen in die Energieversorgung im Normalfall nachrangig gegenüber Investitionen in das Kerngeschäft.

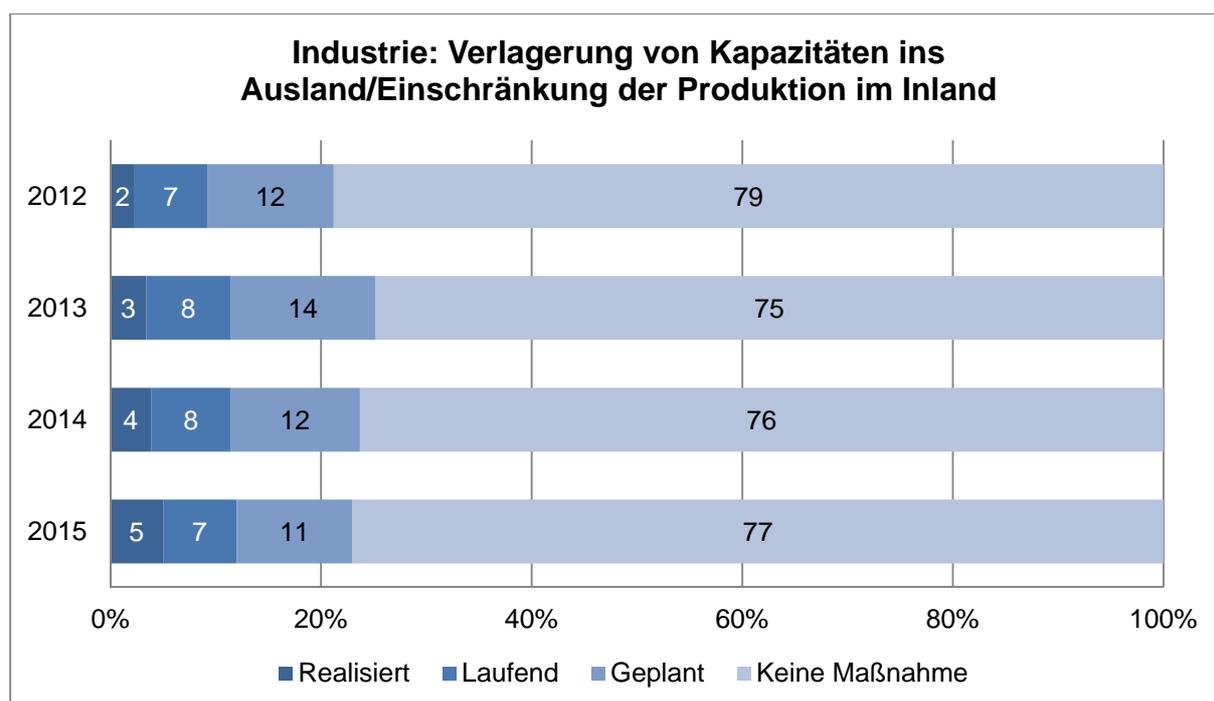


Abbildung 5: Maßnahmen mit Außenwirkungen der Industrie - Verlagerungen und Produktionseinschränkungen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Wenn die Energiekosten für eine wettbewerbsfähige Produktion in Deutschland keine wirtschaftliche Perspektive mehr bieten, bleibt als letztes Mittel die Einschränkung der Produktion in Deutschland und/oder eine Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland. Damit fallen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland weg, Zulieferer und Abnehmer

⁵ vgl. Studie von Ecofys und Fraunhofer ISI im Auftrag des BMWi „Stromkosten der energieintensiven Industrie – ein internationaler Vergleich“, Juli 2015.

werden teilweise mit ins Ausland gezogen oder entfallen als Partner für die Entwicklung neuer Technologien.

Inzwischen hat jedes zwanzigste Industrieunternehmen insbesondere vor dem Hintergrund der Energiewende bereits Produktion verlagert oder eingeschränkt (2014: 4 Prozent, 2012: 2 Prozent). Laufende Maßnahmen und Planungen bleiben annähernd auf dem Niveau des Vorjahres. Stärker noch ist dieser Trend bei größeren Industriebetrieben über 500 Mitarbeitern, sie haben bereits zu 9 Prozent Produktion ins Ausland verlagert bzw. im Inland eingeschränkt. Kleineren Betrieben fällt eine Internationalisierung tendenziell schwerer, sie sind der Strompreisentwicklung daher noch stärker ausgeliefert als größere Betriebe.

Auch wenn die Stromkosten in den vergangenen Monaten stabil geblieben sind, sie gehören im europäischen und internationalen Vergleich weiter zu den höchsten. Die Stromkosten bleiben gerade für die Industrieunternehmen eine Herausforderung. Schon jetzt sind zudem steigende Belastungen durch EEG-Umlage, die heute schon rund doppelt so hoch ist wie der Börsenstrompreis und Netzentgelte aufgrund des notwendigen Netzausbaus absehbar.

- Anstieg der Netzentgelte aufgrund des notwendigen Ausbaus der Verteilnetze, insbesondere in Regionen mit hohem EE-Ausbau, sowie der Übertragungsnetze. Weitere Kostensteigerungen sind mit der Ankündigung eines Vorrangs von Erdkabeln für die Gleichstromtrassen zu erwarten.
- Anstieg der KWK-Umlage in Folge steigender Subventionen.

Handel nähert sich einer neutralen Bewertung

Stärker als in der Industrie hat sich die Energiewende-Stimmung im Handel aufgehellt. Der Wert hat sich innerhalb von zwölf Monaten von -18 auf -5,5 sprunghaft verbessert. Speziell die sehr negativen Bewertungen sind von 9 auf 3 Prozent auf ein Drittel zurückgegangen. Die große Mehrheit der Handelsunternehmen nimmt eine neutrale Bewertung vor. Positiv können sich im Handel umgesetzte Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz zur Senkung der Stromkosten ausgewirkt haben. Die stabile EEG-Umlage in 2015 drückt für viele Handelsunternehmen zudem die Hoffnung aus, dass künftig Kostensprünge vermieden werden können. Der Handel hat kaum Entlastungsmöglichkeiten, ist vom Anstieg des staatlichen Anteils an den Stromkosten also besonders betroffen gewesen.

Bau- und Dienstleistungsbranche profitieren leicht

Besser als die beiden zuvor genannten Branchen schneidet die Energiewende in der Bau- und Dienstleistungsbranche ab. Die Einschätzung der **Bauunternehmen** hat mit 2,5 nach einer Null im vergangenen Jahr erstmals den positiven Bereich der Barometerskala erreicht. Hinter der vergleichsweise positiven Einschätzung der Bauunternehmen stehen die erwarteten hohen Investitionen in die Sanierung zur Steigerung der Gebäudeenergieeffizienz. Aber auch Infrastrukturmaßnahmen und weiterhin Geschäftschancen bei der Installation von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien wirken sich positiv aus.

Überflügelt wird die Baubranche von den **Dienstleistungsunternehmen**. Mit 5,5 wird auch hier erstmals ein positiver Wert erreicht (2014: -4). Mit 21 Prozent positiven und sehr positiven Bewertungen (+4 Prozentpunkte zu 2014) schneidet die Energiewende bei den Dienst-

leistungsunternehmen am besten ab. Im Schnitt niedrigere Stromkostenanteile an den Gesamtkosten ziehen die Bewertung weniger stark nach unten als in anderen Branchen.

Die Energiewende im Größenvergleich

Je größer desto kritischer

Wie im Regionen- und im Branchenvergleich ergeben sich auch beim Vergleich der verschiedenen Unternehmensgrößen - klein, mittel, groß - Unterschiede in der Bewertung der Energiewende in puncto Wettbewerbsfähigkeit.

Im Großen und Ganzen eher mehr Vorteile als Nachteile aus der Energiewende sehen **kleinere Unternehmen** (10 bis 19 Mitarbeiter) mit einem Barometerwert von +6. Bei Kleinstunternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitern überwiegen die Chancen noch deutlicher (Barometerwert: +12). Der Barometerwert kleinerer Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Zu berücksichtigen ist, dass in den beiden kleinsten Größengruppen die durchschnittliche Energieintensität und damit die Betroffenheit von Energiepreiserhöhungen deutlich geringer ist als in den Größenklassen mit 20 und mehr Mitarbeitern.

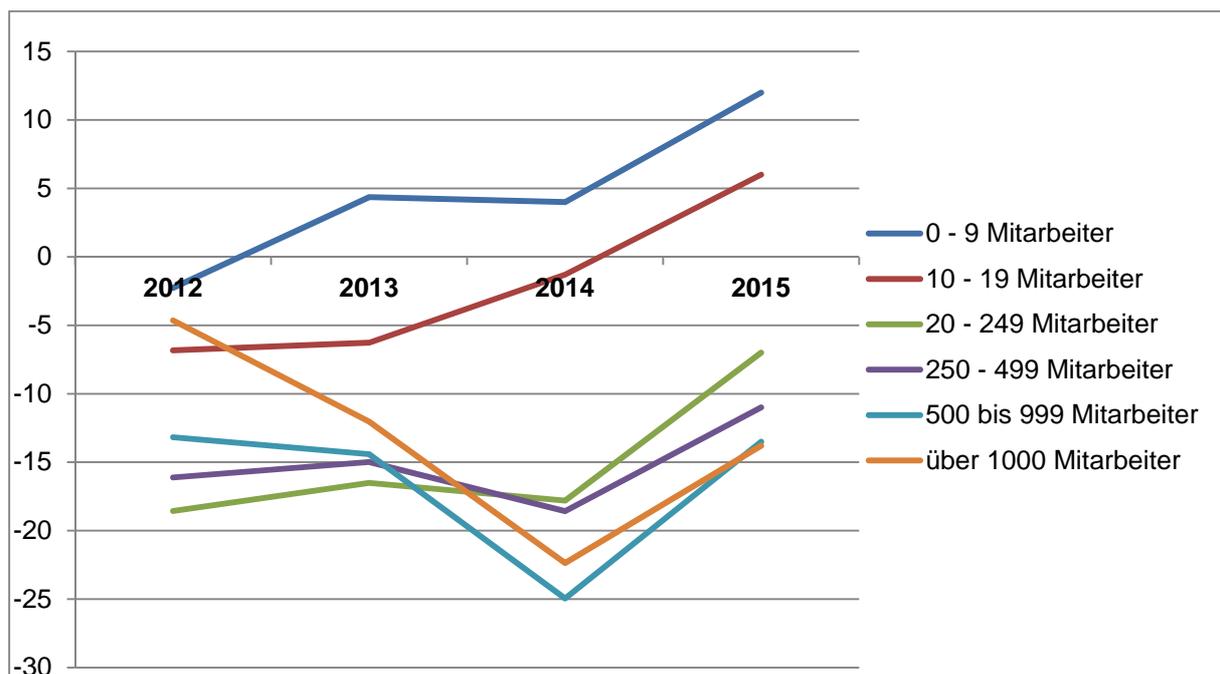


Abbildung 6: Auswirkung der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit (Barometerwert) nach Größenklassen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Auch der „kleinere“ **Mittelstand** verbessert mit einem Barometerwert von -7 bei Betrieben mit 20 bis 249 Mitarbeitern seine Bewertung deutlich (2014: -18), bleibt aber klar im negativen Bereich. Der Wert für Betriebe mit 250 bis 499 Mitarbeitern ist ebenfalls gestiegen, (von -19 auf -11), allerdings nicht so deutlich wie bei kleineren Mittelständlern. Hier kommt u. a. zur Geltung, dass größere Mittelständler häufiger von der neuen Verpflichtung zur Durchführung eines Energieaudits bis Ende 2015 betroffen sind.

Wie 2014 bewerten Großunternehmen die Energiewende am negativsten. Dabei ist es geblieben, allerdings auf deutlich weniger kritischem Niveau. Bei Unternehmen mit 500 bis 999 Mitarbeitern liegt der Barometerwert ebenso wie bei Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern bei -14. Wichtigster Grund für diese Entwicklung: Mehr Unternehmen dieser Größenklasse geben an, dass sie neue Geschäftsfelder oder Absatzmärkte aufgrund der Energiewende erschlossen haben oder dies planen. So stieg der Anteil der Betriebe mit 500 bis 999 Mitarbeitern, die in den vergangenen zwölf Monaten Projekte für die Erschließung neuer Geschäftsfelder durchgeführt haben, gegen den allgemeinen Trend von 11 auf 17 Prozent.

Wenig Hoffnung auf Geschäftschancen

Die Energiewende beeinflusst nicht nur den Energieeinsatz in den Unternehmen, sie prägt auch ihre Ausrichtung im Wettbewerb. So besteht seitens der Politik die Hoffnung, dass z.B. die Entwicklung neuer Effizienztechnologien hilft, im Ausland neue Absatzmärkte zu erschließen. Anders als es die verbesserten Ergebnisse zum Einfluss der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erwarten lassen, stagniert der Anteil der Unternehmen, die aufgrund der Energiewende neue Absatzmärkte oder Geschäftsfelder erschließen. Bei der Entwicklung neuer Geschäftsfelder nähert sich der Wert wieder an die Situation in den Jahren 2012 und 2013 an, hierbei profitieren vor allem größere Unternehmen (s. o.). Demgegenüber ist der Anteil der Betriebe, die neue Absatzmärkte erschließen, ein weiteres Mal zurückgegangen. Der Rückgang ist umso kritischer, da aktuell weltweit verstärkt in erneuerbare Energien investiert wird. Es ist zu befürchten, dass das teuer erkaufte Know-how „made in Germany“ sich im internationalen Wettbewerb nicht wie gewünscht durchsetzen kann.

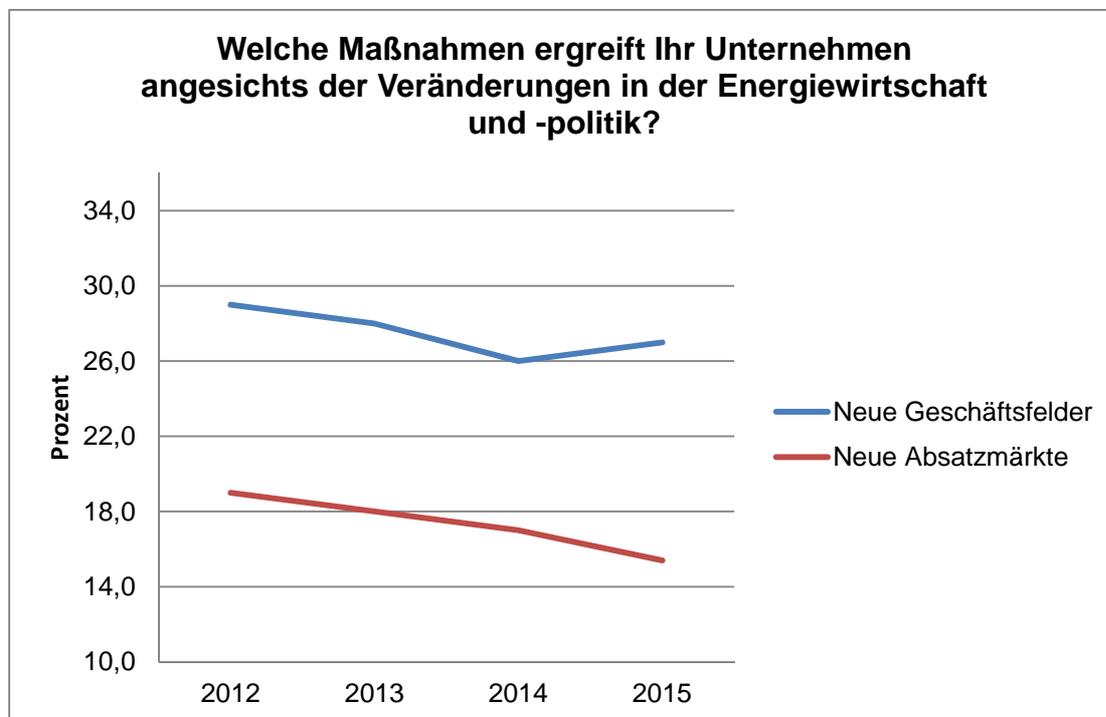


Abbildung 7: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung. Summe aus realisierten, in Umsetzung befindlichen und geplanten Maßnahmen.

4. Energiepreise: Endkunden profitieren nur teilweise von Preisrückgängen

Entwicklung der Strom-, Gas- und Ölpreise

In den vergangenen Jahren bewerteten deutsche Unternehmen die Energie- und Rohstoffpreise als eines der TOP-3-Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Diese Einschätzung hat sich seit Anfang des Jahres 2015 aufgrund der zuletzt günstigen Preisentwicklung bei allen Rohstoffen, vor allem aber auch bei Rohöl und etwas abgeschwächt bei Erdgas, erstmals nach fünf Jahren geändert⁶. Die Inlandsnachfrage, die Arbeitskosten und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stellen für die Unternehmen derzeit die größeren Konjunkturrisiken dar.

Der Preis für die in Europa maßgebliche Sorte UK Brent ist von Juni 2014 bis Juni 2015 (mit Tiefstständen im Dezember 2014) von durchschnittlich 112 US-Dollar pro Barrel auf knapp 64 US-Dollar pro Barrel und somit um 43 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig, wenn auch nicht ganz so schnell, ist auch der Grenzübergangspreis für Erdgas weiter gesunken. Lag er im April 2014 bei 6.662 Euro/TJ, sank er zum April 2015 um 12 Prozent auf 5.863 Euro/TJ. An den Märkten für Energierohstoffe ist die Ukraine-Krise somit weitestgehend vorbeigegangen.

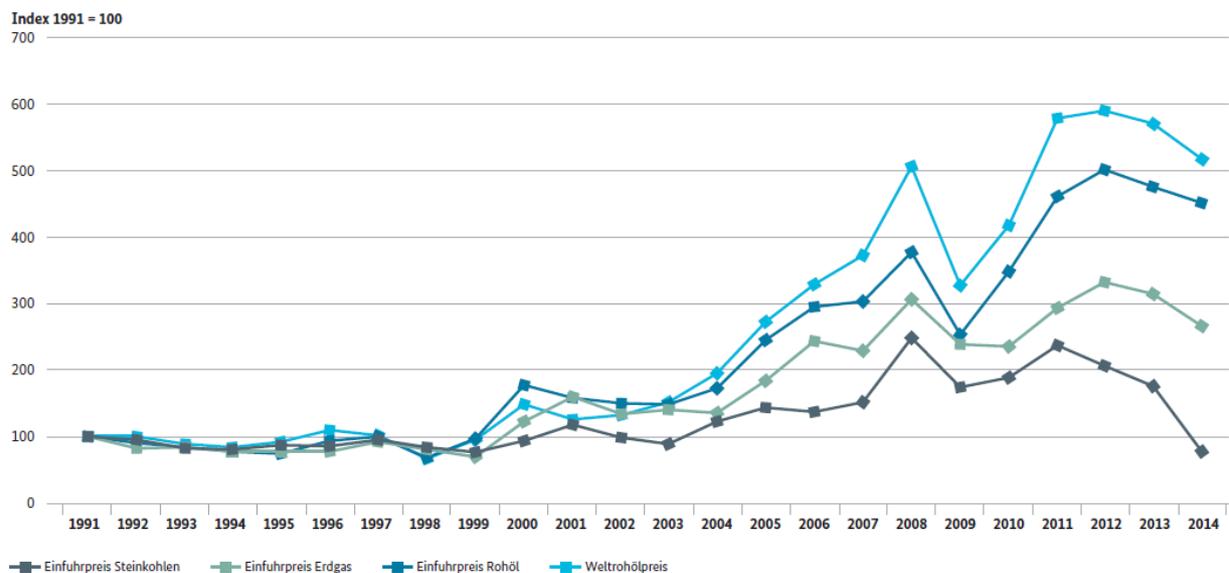


Abbildung 8: Entwicklung der Einfuhrpreise für Gas, Öl und Kohle. Darstellung: BMWi.

Ebenfalls leichte Entspannung zeigte sich zuletzt bei den heimischen Strompreisen. Neben weiter sinkenden Großhandelspreisen ist zum Jahreswechsel erstmals, aber voraussichtlich nur vorübergehend, die EEG-Umlage gesunken. Das niedrige Niveau bei den Beschaffungs- bzw. Großhandelspreisen kommt bei den meisten Unternehmen jedoch nur langsam an.

⁶ Siehe DIHK-Konjunkturumfragen Jahresbeginn und Frühsommer 2015.

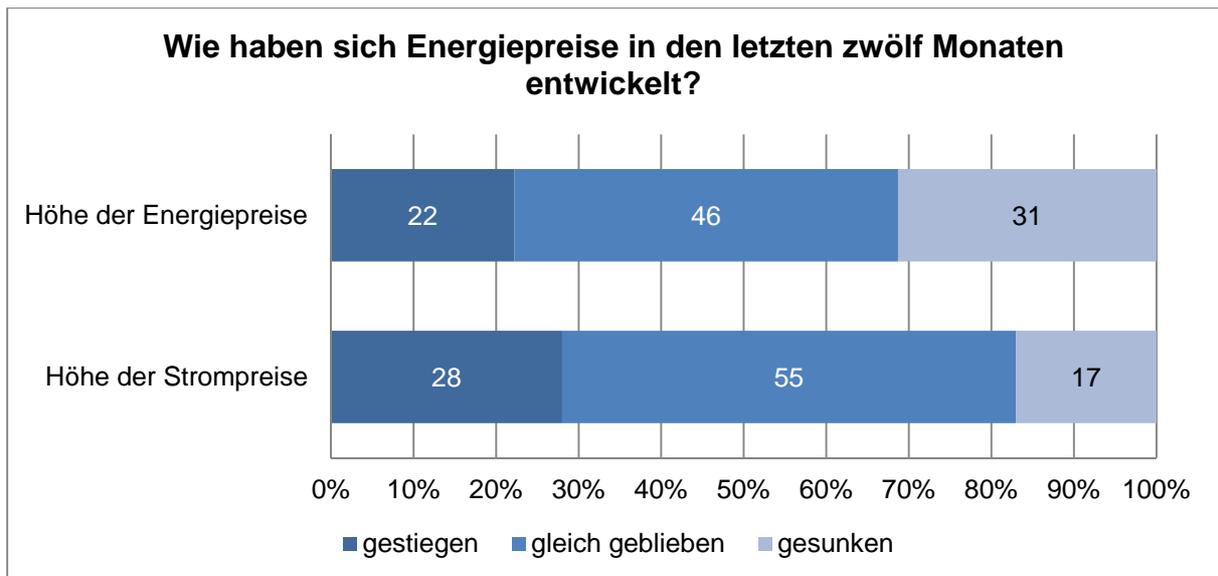


Abbildung 9: Entwicklung der Energiepreise. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.⁷

Die Energiepreise sind in den vergangenen zwölf Monaten für mehr Unternehmen gesunken als gestiegen. Über alle Sektoren hinweg konnte ein knappes Drittel der Unternehmen (31 Prozent) von gesunkenen Energiepreisen profitieren, gleichzeitig war jedes fünfte von Energiepreiserhöhungen betroffen. Bei den Strompreisen hingegen melden die Unternehmen mehr Erhöhungen (28 Prozent) als Senkungen (17 Prozent).

Aufgrund individueller Preisverhandlungen und geringerer Umlagen und Steuern machen sich Energiepreisschwankungen im Großhandel bei Industriebetrieben typischerweise deutlicher und auch schneller bemerkbar. Nach Berechnung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) verharren die Strombezugskosten für mittelständische Industriebetriebe auf dem Vorjahresniveau von 15,32 Cent/kWh.⁸ Die weiter niedrigen Großhandelspreise und die gesunkene EEG-Umlage werden hiernach durch höhere Netzentgelte überlagert. Erhebungen des Bundesverbandes der Energie-Abnehmer (VEA) zeigen einen leichten Rückgang der durchschnittlichen Strompreise für Industrieunternehmen um 3,9 Prozent in den letzten zwölf Monaten. Dieses Bild bestätigt sich auch in den Antworten der Industrieunternehmen zum Energiewende-Barometer. Während 27 Prozent der Industrieunternehmen einen Anstieg ihrer Stromkosten verzeichneten, profitierten mit 23 Prozent fast ebenso viele Industriebetriebe von gesunkenen Preisen. Bei den Energiepreisen konnten mit 35 Prozent deutlich mehr Betriebe von der allgemeinen Preisentwicklung profitieren. Nur 18 Prozent waren demgegenüber von Preiserhöhungen betroffen.

Unternehmen reagieren auf Kostendruck

Trotz dieser geringen Preiserleichterungen im Energie- oder zum Teil auch im Strombezug ist das Preisniveau und somit die Kostenbelastung für deutsche Unternehmen im europäischen und internationalen Vergleich weiterhin hoch.⁹ Die Unternehmen reagieren hierauf auf verschiedene Weise.

⁷ Gerundete Werte.

⁸ Jahresverbrauch 160 bis 20.000 MWh (Mittelspannungsseitige Versorgung; Abnahme 100kW/1.600h bis 4.000kW/5.000h).

⁹ Siehe auch „Energiedaten: Gesamtausgabe, Stand: April 2015“ des BMWi.

Der etwas geringere Preisdruck zeigt sich auch im etwas abgeschwächten Trend, Lieferverträge zu prüfen und anzupassen. Haben im letzten Jahr noch 12 Prozent geplant, einen Lieferantenwechsel vorzunehmen, sind es in diesem Jahr nur noch knapp 9 Prozent. Auch langfristige Lieferverträge werden inzwischen etwas weniger häufig angestrebt.

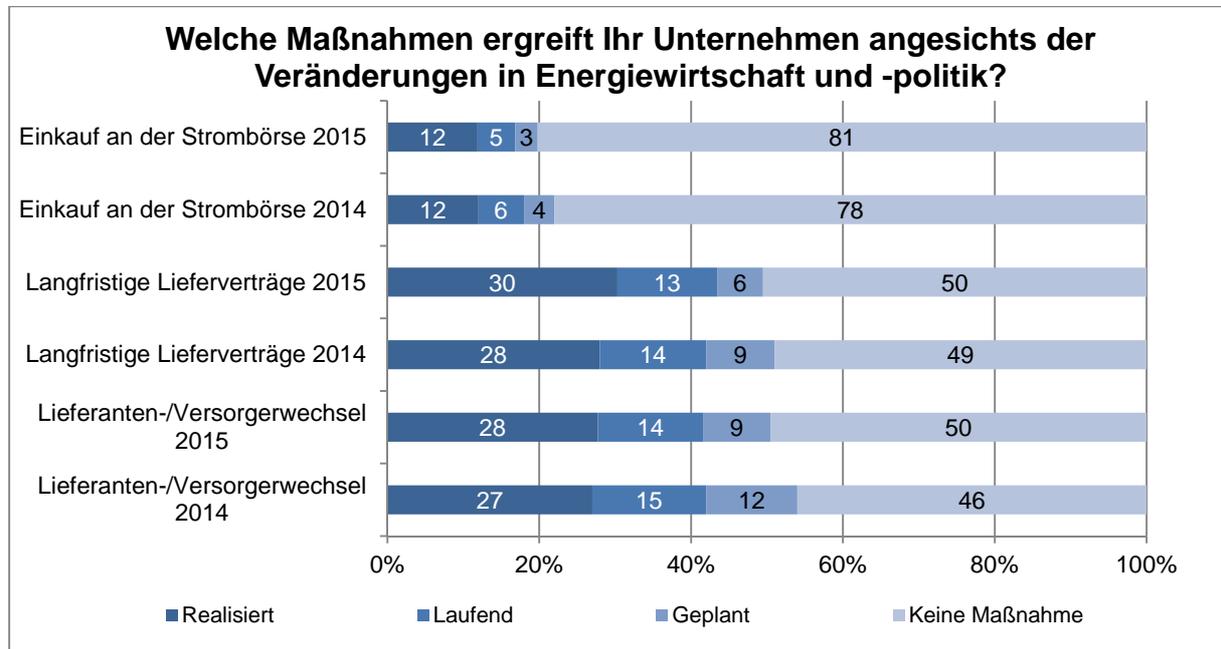


Abbildung 10: Anpassungen bei der Energiebeschaffung. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.¹⁰

Entsprechend der sich stabilisierenden Preisentwicklung ist die Weitergabe steigender Kosten an die Kunden für weniger Unternehmen erforderlich. Der Anteil der Unternehmen, die keine Maßnahmen zur Kostenweitergabe vorsehen, ist von 54 auf 62 Prozent gestiegen.

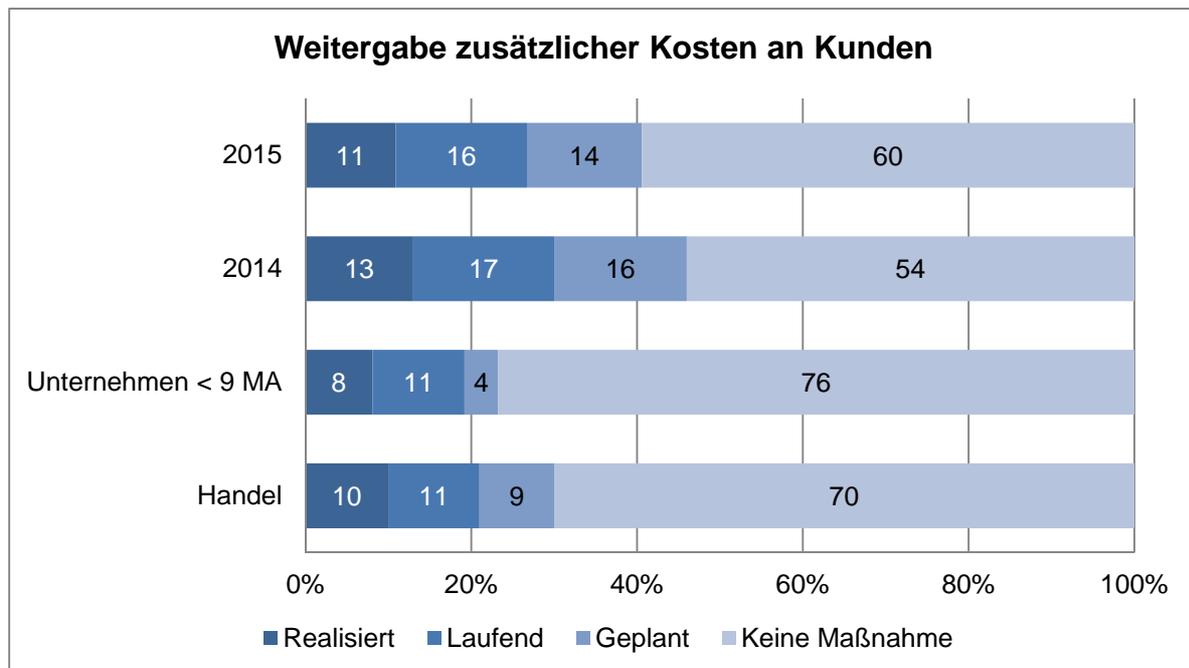


Abbildung 11: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

¹⁰ Gerundete Werte.

Wie in den vergangenen Jahren ist der Anteil der Unternehmen, die gestiegene Energiekosten nicht weitergeben (können) bei Kleinbetrieben bis neun Mitarbeiter (80 Prozent ohne Maßnahmen zur Kostenweitergabe) sowie im Handel (70 Prozent) besonders hoch. Hintergrund hierfür ist neben dem gesunkenen Preisdruck der hohe Wettbewerbs- und Kostendruck, dem diese Unternehmen unterliegen.

Die Planungen für Produktionseinschränkungen oder die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland vor dem Hintergrund der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind seit dem letzten Jahr zurückgegangen. Allerdings zeigt sich, dass einmal in Angriff genommene Maßnahmen zum Großteil auch sukzessive umgesetzt werden. Es besteht die Gefahr, dass - möglicherweise auch nur vorübergehende - Unsicherheiten über die künftigen energiepolitischen Rahmenbedingungen mittel- und langfristig negative Auswirkungen auf den Standort Deutschland haben. Der Anteil der Unternehmen, die Projekte zur Verlagerung realisiert haben, hat sich seit 2013 fast verdoppelt. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung bei großen Industriebetrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern. Inzwischen hat fast jeder zehnte dieser Betriebe Maßnahmen zur Verlagerung vor dem Hintergrund der Energiewende umgesetzt (2015: 9 Prozent, 2014: 5 Prozent).

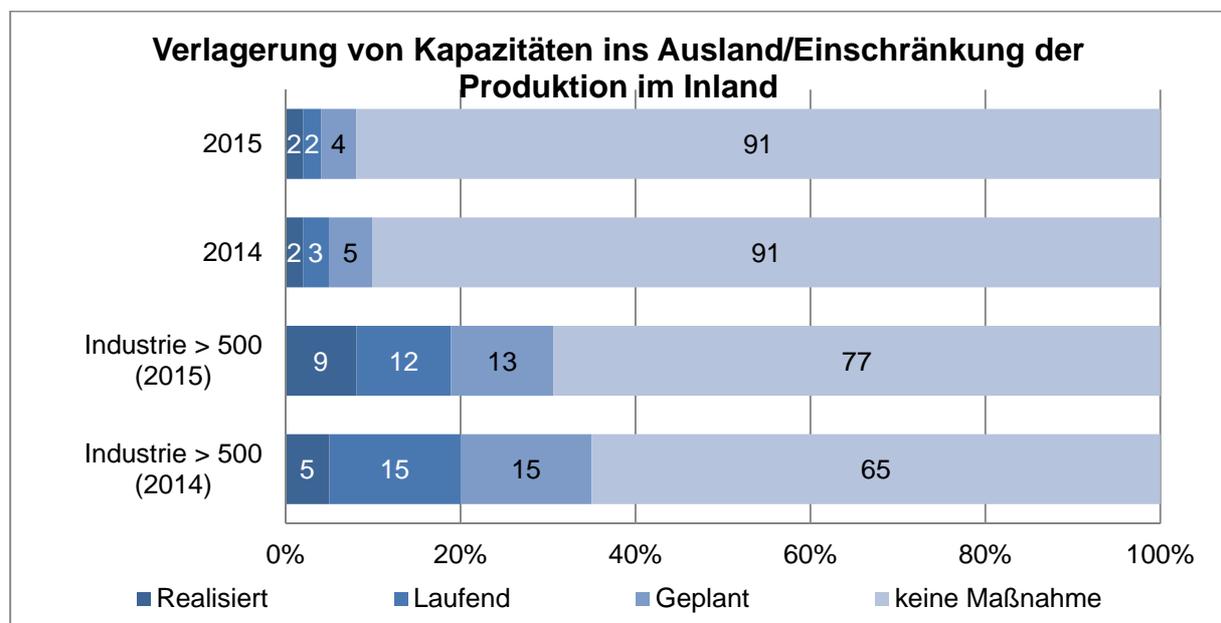


Abbildung 12: Verlagerung der Geschäftstätigkeit. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Energiepreise: Das fordert die Wirtschaft

Die Unternehmen beobachten die energiepolitische Rahmensetzung sehr genau. Eine der Top-3-Forderungen, die sich aus der Unternehmensumfrage an die Politik ergeben, ist die nach einer besseren Abstimmung der politischen Maßnahmen. Die fehlende Kohärenz verschiedener Maßnahmen und Initiativen führt nicht nur zu sich z. T. überlagernden Effekten sondern hat auch direkte Auswirkungen auf die Energiekosten der Unternehmen. Statt etwa der Forderung der Unternehmen zu folgen, die durch staatliche Eingriffe verursachten Bestandteile des Strompreises zu reduzieren (ebenfalls eine Top 3-Forderung), droht, u. a. durch die geplanten Änderungen bei der KWK-Förderung, der gegenteilige Effekt.

DIHK-Forderungen Energiepreise

- Um die Unternehmen im Strombereich kurzfristig zu entlasten und den zu erwartenden weiteren Kostenanstieg zu dämpfen, sollte in einem ersten Schritt die Stromsteuer gesenkt werden.
- Die EEG-Umlage ist in diesem Jahr leicht gesunken, dennoch ist für die kommenden Jahre wieder mit Steigerungen zu rechnen. Gleichzeitig wird der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze die Netzentgelte steigen lassen. Daher sollten Sonder- und Ausnahmeregelungen zum Schutz energieintensiver Produktionen in Deutschland beibehalten werden. Die Regelungen sollten zur Entlastung von Energieversorgern und Begünstigten aber deutlich vereinfacht werden.
- Die regional unterschiedlich anfallenden Kosten für den im Rahmen der „Energiewende“ notwendigen Infrastrukturausbau und das nachfolgende Netzmanagement dürfen nicht zu Standortnachteilen in diesen Gebieten führen. Kosten für die Übertragungsnetze sollten bundesweit gewälzt werden.
- Die Förderung der KWK sollte technologieoffen erfolgen und keine Akteure diskriminieren. Eine Erhöhung der KWK-Förderung, wie sie für Anlagen in der öffentlichen Versorgung vorgesehen ist, lässt die Endkundenpreise für Strom weiter steigen, ohne dass stromabnehmende Unternehmen davon profitieren.

5. Versorgungssicherheit: Stockender Netzausbau bereitet Unternehmen Sorgen

Die Stromversorgungssicherheit ist in Deutschland im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch. Der Ausbau der Stromnetze von Nord nach Süd bleibt aber die Kernherausforderung, um auch langfristig die Versorgungssicherheit und einen funktionsfähigen Strommarkt in ganz Deutschland und in Europa zu gewährleisten. Beim Ausbau des Übertragungsnetzes sind in den vergangenen Monaten nur kleine Fortschritte zu vermelden. So ist u. a. die Thüringer Strombrücke ein weiteres Stück vorangekommen. Der Ausbaufortschritt der Vorhaben insgesamt ist jedoch nicht befriedigend. Bis zum Ende des ersten Quartals 2015 sind von den Leitungen nach dem Energieleitungsausbaugesetz nur 479 km von 1.872 km fertiggestellt. Eigentlich sollten diese Leitungen in diesem Jahr realisiert sein.

Hinzu kommen die Ausbauvorhaben im Übertragungsnetz nach dem Bundesbedarfsplangesetz, die in den kommenden zehn Jahren in Betrieb gehen sollen. Dazu gehören insbesondere die drei großen, in Gleichstromtechnik auszuführenden Nord-Süd-Verbindungen. Am 1. Juli haben sich die Spitzen der großen Koalition in Reaktion auf die hohen Widerstände vor Ort und dem Drängen der bayerischen Staatsregierung auf einen Kompromiss verständigt. Danach ist ein Vorrang der Erdverkabelung für die Gleichstromtrassen vorgesehen. Dies wird eine Anpassung des Energieleitungsausbaurechts erfordern. Die bereits erfolgten Trassenplanungen müssen vollständig überarbeitet werden. Fraglich bleibt daher, ob 2022, wenn die letzten Kernkraftwerke in Süddeutschland heruntergefahren werden, die erforderlichen Leitungen fertig sind. Zudem ist mit erheblichen Mehrkosten zu Lasten der Stromkunden zu rechnen. Für Freileitungen rechnen die Übertragungsnetzbetreiber bei den Gleichstromtrassen mit Kosten von rund 1,4 Mio € pro km, bei Erdverkabelung je nach Bedingungen vor Ort (zu kreuzende Infrastruktur, Bodenbeschaffenheit etc.) mit drei- bis achtmal höheren Kosten. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die Trassen wegen geringerer Raumwiderstände voraussichtlich etwas kürzer werden und auch unter den bisherigen Planungsbedingungen nach ersten Schätzungen bis zu 50 Prozent als Erdkabel ausgeführt worden wären.

Die weitere Verzögerung des Übertragungsnetzausbaus wirkt sich direkt auf die Versorgungssicherheit und die Kosten der Energiewende aus. So nimmt die Bundesnetzagentur zum Ausgleich der mangelnden Nord-Süd-Verbindungen vermehrt Reservekraftwerke im In- und Ausland unter Vertrag. Mussten für den Winter 2014/2015 noch 3,6 GW an Kapazität ausgeschrieben werden, sind für den kommenden Winter wegen der Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld 6,7 GW nötig. Neben den Kosten für diese Reserve fällt auch der sog. Redispatch von Kraftwerken (140 Mio. Euro in 2014) immer stärker ins Gewicht. Der heiße und sonnige Sommer 2015 mit einer erhöhten Stromnachfrage in Süd- und Osteuropa bei gleichzeitig hoher Stromerzeugung aus Photovoltaik illustriert die Folgen mangelnder Netzkapazitäten: Zur Stabilisierung der Netze und um die Funktionsfähigkeit der europäisch gekoppelten Strommärkte zu erhalten, musste beispielsweise der Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz mit bis zu 5.745 MW Leistung bei der Fahrweise von Kraftwerken nachsteuern.

Gemischte Bewertung der Versorgungssicherheit

Störungen in der Stromversorgung haben für Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten eher eine abnehmende Bedeutung (22 Prozent) gehabt. Anders in Süddeutschland: Dort

wird der Stromversorgungssicherheit weiterhin eher eine steigende Bedeutung zugemessen (21 Prozent gegenüber 17 Prozent). Die Erfahrung in der Praxis der vergangenen zwölf Monate zeigt bei den Stromausfällen, die Unternehmen erlitten haben, ein stabiles Bild. 19,5 Prozent der Unternehmen hatten konkrete Probleme (Vorjahr 20 Prozent). Wie schon im Vorjahr lagen die Werte für Süddeutschland hier über dem Durchschnitt. 23 Prozent der befragten Unternehmen gaben an (Vorjahr 24 Prozent), mit Problemen bei der Versorgungssicherheit konfrontiert gewesen zu sein.

Leicht angestiegen sind gegenüber dem Vorjahr Stromausfälle über drei Minuten, die Zahl der von Stromunterbrechungen von unter drei Minuten betroffenen Unternehmen ist hingegen gesunken. Nur erstere werden von der amtlichen Statistik erfasst. Lieferunterbrechungen bei Erdgas wurden nur vereinzelt genannt, mit einer leicht stärkeren Ausprägung in Süddeutschland (2 Prozent).

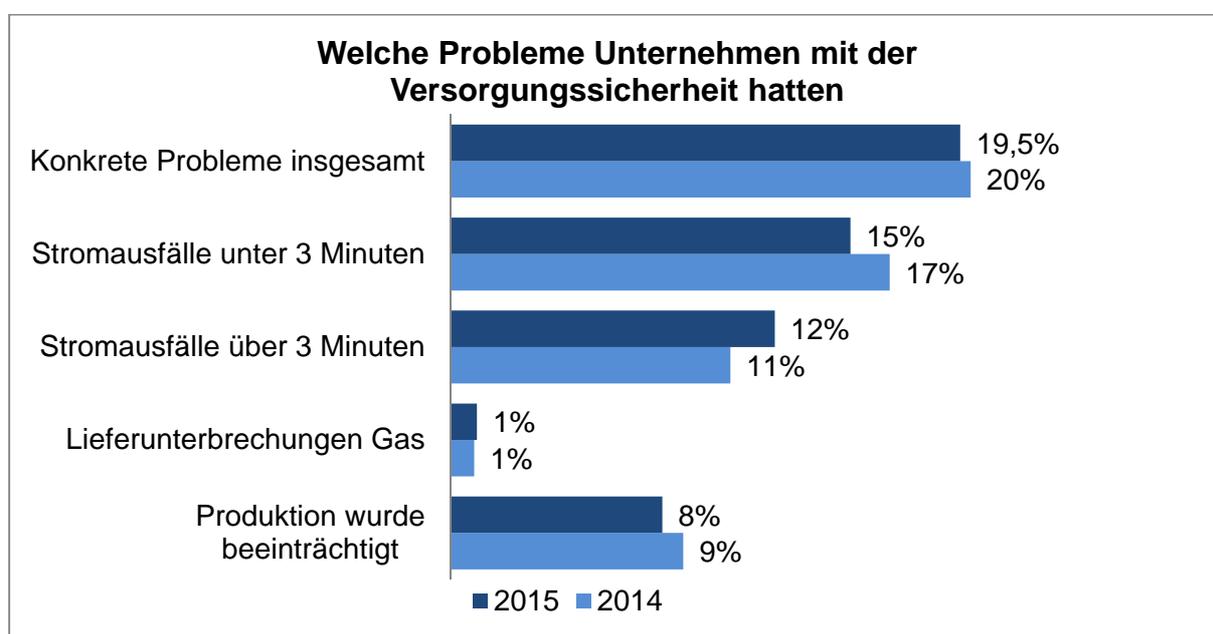


Abbildung 13: Probleme mit der Versorgungssicherheit. 2014 und 2015 Mehrfachnennungen möglich. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren bleibt die Industrie weiterhin am stärksten von Problemen mit der Versorgungssicherheit betroffen. Fast 30 Prozent der befragten Industrieunternehmen melden konkrete Probleme. In den Sektoren Bau, Handel oder Dienstleistung berichten jeweils 16 oder 17 Prozent der Unternehmen von Stromausfällen.

Weiter Beeinträchtigung der Produktion

Diese größere Betroffenheit von Industrieunternehmen spiegelt sich auch in den Beeinträchtigungen bei Produktion und Geschäftstätigkeit wider. 19 Prozent der Industrieunternehmen sahen sich 2015 mit Produktionsbeeinträchtigungen konfrontiert, die durch einen Stromausfall hervorgerufen wurden. Zwar haben sich die Werte der Industrie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verbessert, bleiben aber immer noch weit über den Werten der anderen Wirtschaftsbereiche. Am wenigsten war der Handel von Strom- und Gasversorgungsunterbrechungen in seiner Geschäftsausübung beeinträchtigt. Wie schon bei der Frage nach konkreten Problemen mit der Versorgungssicherheit insgesamt, wurden die Beeinträchtigungen der

Produktion im Süden mit 13 Prozent am häufigsten gemeldet. Am geringsten waren die Beeinträchtigungen in den westdeutschen Bundesländern mit sieben Prozent.

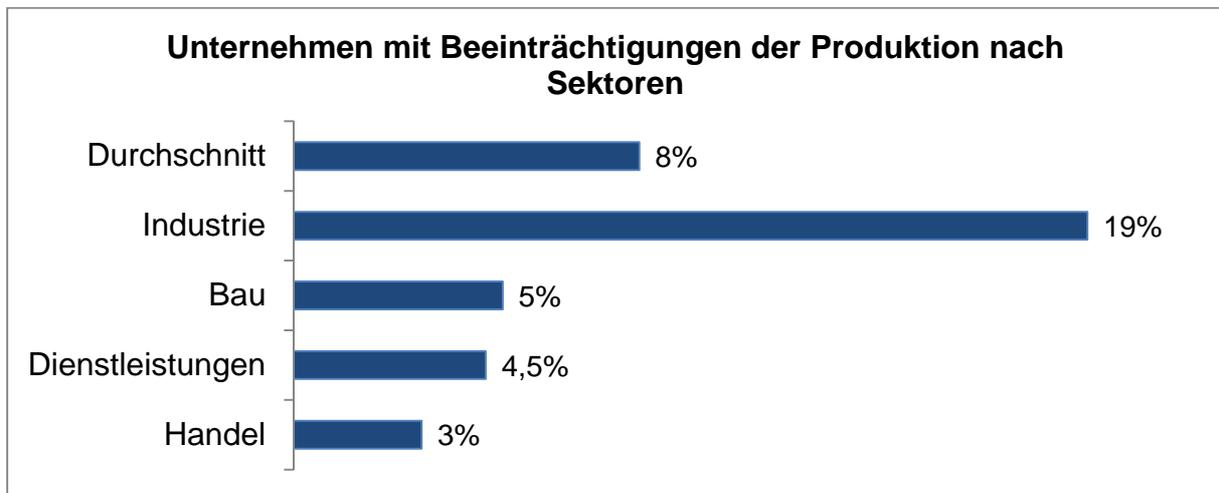


Abbildung 14: Probleme mit der Versorgungssicherheit nach Wirtschaftsbereichen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung

Absicherungsmaßnahmen auf Vorjahresniveau

Nachdem in den vergangenen Jahren eine immer höhere Zahl an Unternehmen Maßnahmen zur Absicherung gegen Stromausfälle ergriffen haben, ist in diesem Jahr eine Stabilisierung zu verzeichnen. Der Zahl der Planungen (7 Prozent) und laufenden Projekte (7 Projekte) ist etwas zurückgegangen. Die realisierten Maßnahmen steigen, wie zu erwarten, leicht auf 29 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass inzwischen die Mehrzahl von Unternehmen, für die Stromausfälle gravierende Folgen haben, Risikominimierung betrieben haben.

Gefragt wurden die Firmen in diesem Jahr auch erstmals nach Aktivitäten zur Absicherung von Gaslieferausfällen. Entsprechend der geringen Zahl von konkreten Lieferproblemen planen drei Prozent der Unternehmen derzeit eine Absicherung und zwei Prozent setzen gerade eine Absicherung um. Zusammen mit den fast fünf Prozent, die bereits Absicherungsmaßnahmen ergriffen haben, sichert sich etwa jedes zehnte Unternehmen gegen Gaslieferausfälle ab oder denkt darüber nach.

Versorgungssicherheit: Das fordert die Wirtschaft

Auch wenn die Versorgungssicherheit bei Strom in Deutschland weiter auf einem sehr hohen Niveau ist, sind sich die Unternehmen über die Risiken für die Zukunft bewusst. Dies drückt sich zum einen in dem stabilen Anteil an Unternehmen aus, die sich mit zusätzlichen Absicherungsmaßnahmen befassen. Diese Sorge um die Versorgungssicherheit drückt sich aber auch in den Forderungen an die Politik aus: Unter den Maßnahmen, die die Politik für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung ergreifen soll, steht der Netzausbau mit 75 Prozent der Nennungen wie in den vergangenen Jahren klar an erster Stelle der Prioritätenliste (Vorjahr: 72 %).

Die Priorität des Netzausbaus unter den Unternehmen wird auch von IHK-Energieexperten in den Bundesländern geteilt. Die einzelnen großen Netzausbauprojekte nach dem Bundesbe-

darfsplangesetz (BBPIG) sowie nach dem Energieleistungsausbaugesetz (EnLAG) werden in fast allen Bundesländern als die wichtigsten Infrastrukturprojekte genannt. Darüber hinaus wird von den IHK-Energieexperten die Fertigstellung im Bau befindlicher konventioneller Kraftwerkskapazitäten und deren Bedeutung für die Versorgungssicherheit hervorgehoben, gerade in Süddeutschland.

DIHK-Forderungen Versorgungssicherheit

- Die als notwendig identifizierten Netzausbauvorhaben, insbesondere die großen Gleichstromtrassen von Norden nach Süden (HGÜ), müssen zügig umgesetzt werden. Denn ein Stromnetz mit ausreichend Transportkapazitäten ist Voraussetzung für eine sichere Versorgung und einen freien Stromhandel.
- Kostenexplosion und zusätzliche Zeitverzögerungen beim Netzausbau sollten vermieden werden. Die überraschende Entscheidung, bei den HGÜ-Trassen (Gleichstrom) Erdkabeln Vorrang vor Freileitungen einzuräumen, wird die Kosten kräftig erhöhen und Zeitverzug bringen.
- Stromausfälle unter drei Minuten erfassen, um belastbare Aussagen über die Versorgungssicherheit zu erhalten. Versorgungsqualität (Spannungsschwankungen) sollte als Aspekt der Versorgungssicherheit Berücksichtigung finden.
- Die Verlängerung der Netzreserve ist nur tragbar, solange der Netzausbau nicht ausreichend vorangeschritten ist und die Auswahl der Netzreservekapazitäten künftig über ein Ausschreibungsverfahren erfolgt.
- Heimische Energieträger sollten in Strategie der Versorgungssicherheit stärker berücksichtigt werden.

6. Unternehmen setzen Energiewende um

Die Wirtschaft reagiert auf die Energiewende und begreift die Energieversorgung immer mehr als Managementaufgabe: Dazu gehören Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, eine Optimierung der eigenen Beschaffungsstrategie, die Absicherung gegen Versorgungsunterbrechungen, der Bezug erneuerbarer Energien sowie der Aufbau einer (teilweisen) Eigenversorgung.

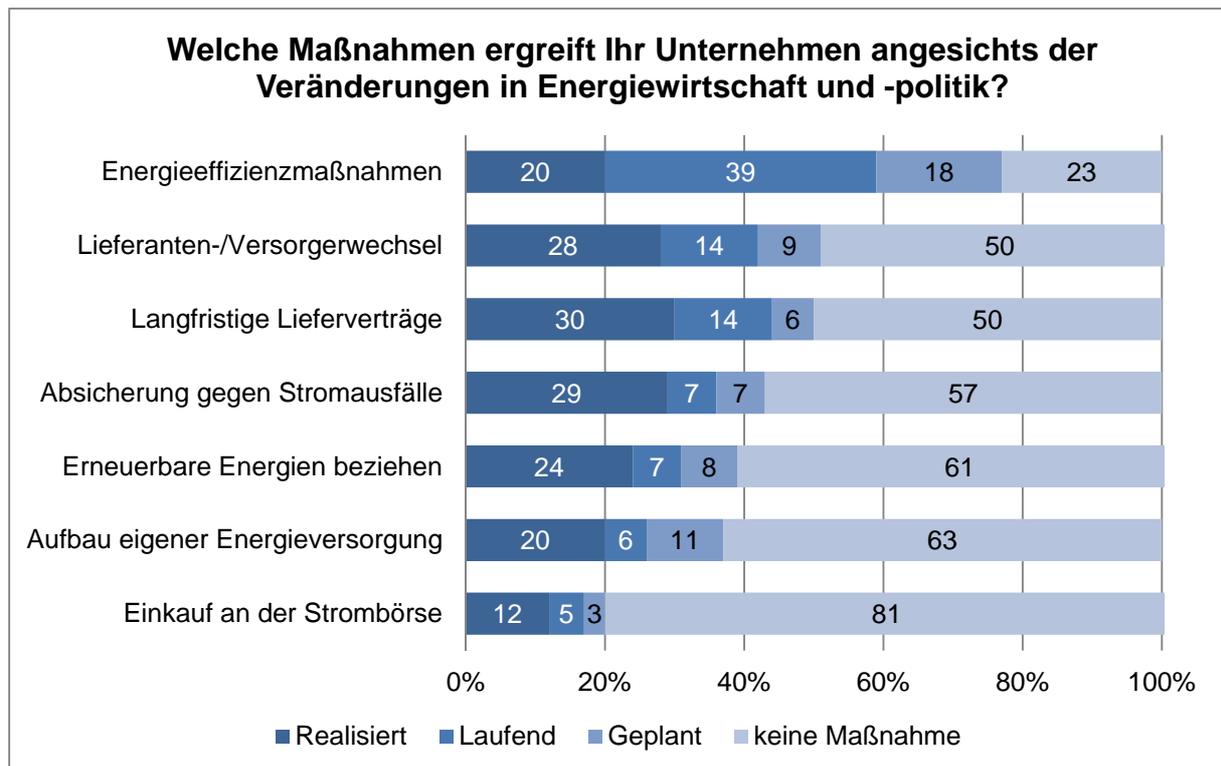


Abbildung 15: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Energieeinkauf wird immer professioneller

Mit der Energiewende haben viele Unternehmen ihre Beschaffungsstrategie neu aufgestellt. Sie schließen mehr langfristige Verträge, wechseln häufiger den Lieferanten oder sind öfter an der Strombörse aktiv. Dieser Trend hat sich auch 2015 fortgesetzt.

Inzwischen haben fast ein Drittel der Unternehmen langfristige Lieferverträge abgeschlossen. Ebenso hoch ist der Anteil der Unternehmen, die den Versorger gewechselt haben. Für die kommende Zeit ist allerdings eine gewisse Abschwächung dieses Trends zu erwarten: Der Anteil der Unternehmen mit laufenden oder Projekten ist leicht zurückgegangen, bleibt aber mit rund einem Fünftel der Unternehmen auf einem hohen Niveau.

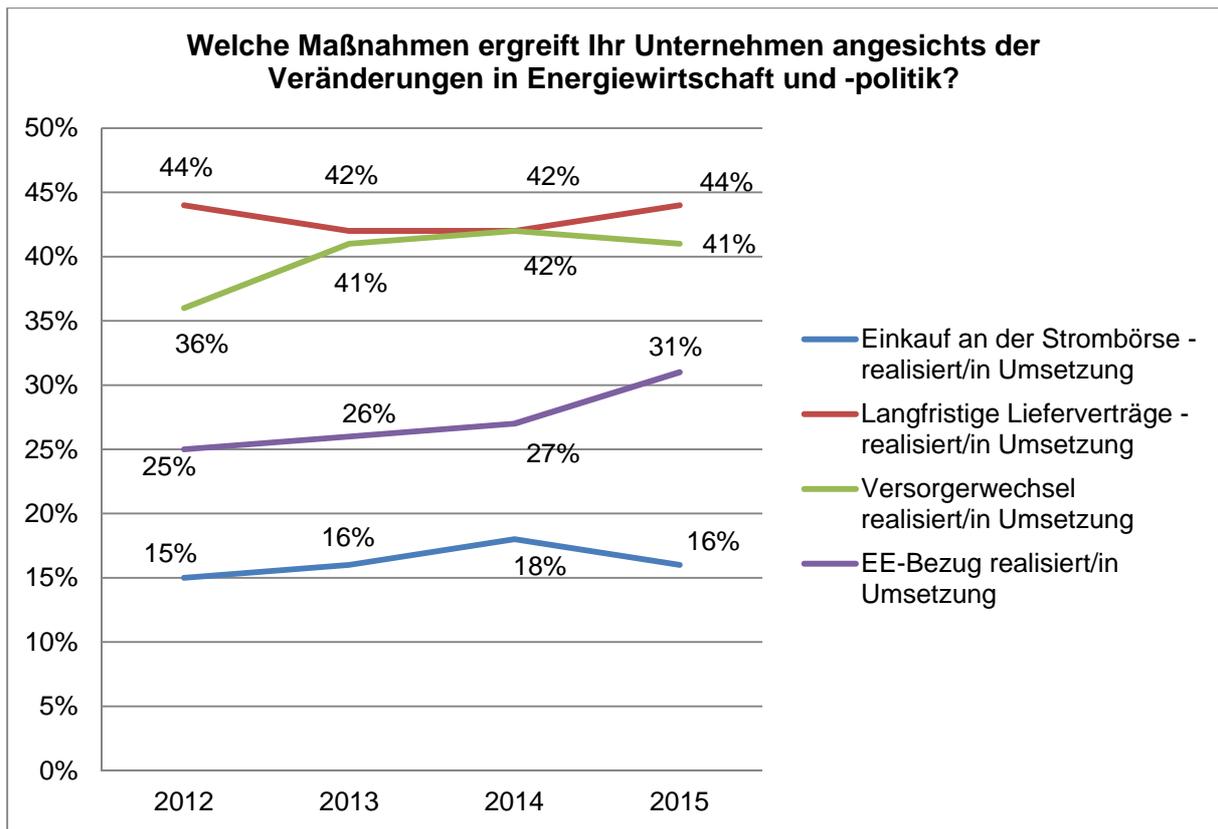


Abbildung 16: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Mittlerweile nutzen zwar 31 Prozent der Unternehmen Ökostrom in ihrem Unternehmen oder sind in der Umsetzung. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Betriebe, die bislang keine Überlegungen in diese Richtung haben, nur langsam (2015: 61 Prozent, 2012: 66 Prozent). Das bedeutet, dass es kaum gelingt, neue Betriebe für den Bezug von erneuerbaren Energien und Grünstrom zu interessieren und zu Planungen in dieser Richtung zu bewegen. Es könnte sich herumgesprochen haben, dass aus nach dem EEG geförderten Wind-, Solar- und Biomasseanlagen kein direkter Grünstrombezug möglich ist. Vielmehr stammen die Ökostrom-Zertifikate vorwiegend aus Wasserkraft aus den Alpen und aus Skandinavien. Eine Weiterentwicklung der Grünstromvermarktung könnte insoweit neue Potenziale erschließen.

Eigenversorgung: Ende des Trends absehbar

In den vergangenen Jahren gab es einen deutlichen Trend dahin, einen Teil der eigenen Stromversorgung selbst über Investitionen in Eigenversorgungsanlagen zu decken. Beweggründe sind: Über Eigenerzeugung können eine Absicherung gegen steigende Strompreise, höhere Flexibilität und Effizienz, eine zusätzliche Absicherung der Versorgung und die Umstellung auf mehr Grünstrom unter einen Hut gebracht werden. Seit Sommer 2014 wird die Eigenerzeugung aus neuen Anlagen jedoch anteilig mit EEG-Umlage belastet. Dadurch scheint der Trend zumindest vorerst gestoppt.

Seit 2012 hat sich der Anteil der Unternehmen, die Eigenerzeugungsmaßnahmen realisiert haben, von zehn auf 20 Prozent verdoppelt. Seit 2013 steigt die Anzahl der Unternehmen, die auf Eigenerzeugung setzen oder den Einstieg planen aber nicht mehr an. Geplante Maßnahmen sinken zugunsten realisierter. Andererseits erreicht Eigenerzeugung mit 12 Prozent

bei den geplanten Maßnahmen weiterhin den zweithöchsten Anteil nach den geplanten Effizienzmaßnahmen. Fraglich ist, wie viele der geplanten Maßnahmen tatsächlich in konkrete Anlagen umgesetzt werden oder aufgrund der mit dem EEG 2014 eingeführten Belastung der Eigenerzeugung mit EEG-Umlage nicht vielmehr in der Schublade verbleiben. Wesentlicher Treiber für die weitere Entwicklung der Eigenerzeugung werden die anstehenden Entscheidungen zur KWK-Förderung und zur Förderung der PV-Dachanlagen sein.¹¹

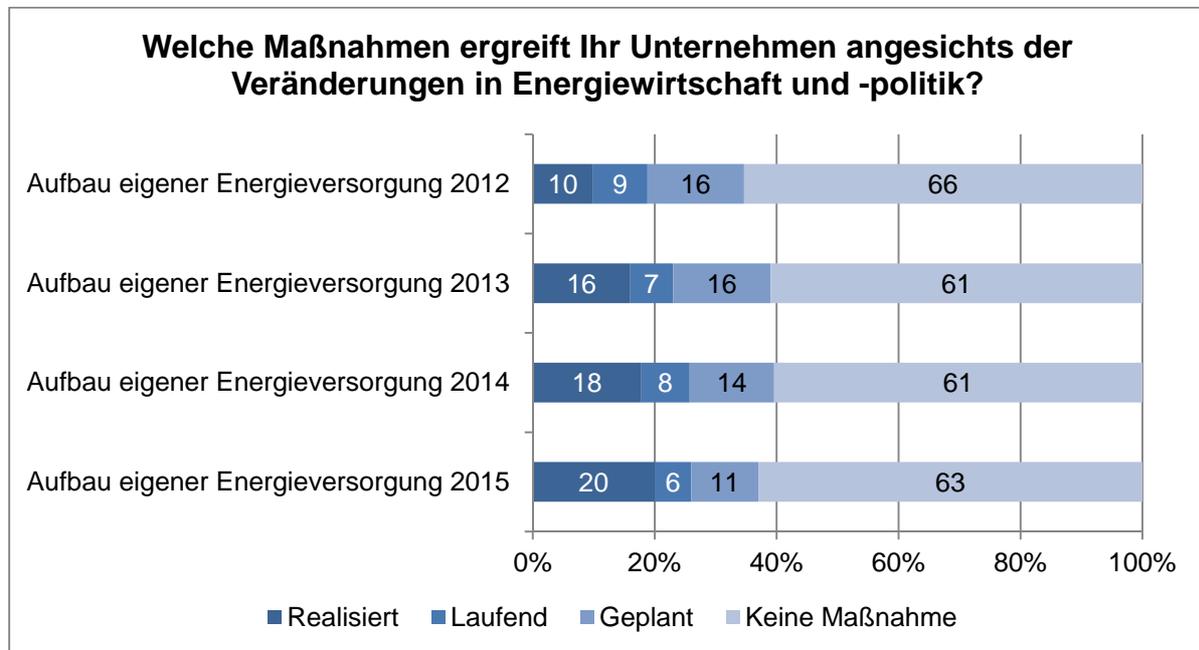


Abbildung 17: Maßnahmen der Unternehmen. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Energieeffizienz: Grenzkosten von Effizienzmaßnahmen steigen

Mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) ist dieser Bereich wieder stärker in den Fokus der Energiewende gerückt. Dabei soll größtenteils auf Freiwilligkeit gesetzt werden. Neue Verpflichtungen bestehen für alle Großunternehmen (Nicht-KMU nach EU-Definition), die bis Dezember 2015 ein Energieaudit durchführen müssen. Das betrifft nach Angaben des BMWi mehrere 10.000 Betriebe in Deutschland. Allerdings steht Energieeffizienz bei sehr vielen Unternehmen, ob freiwillig oder nicht, ganz oben auf der Tagesordnung.

Auch 2015 bleibt die Anzahl der Betriebe, die sich mit dem Thema Energieeffizienz auseinandersetzen, hoch: Nur weniger als ein Viertel plant keine Maßnahmen in diesem Bereich. Vor allem aber hat sich die Zahl der Unternehmen, die bereits Effizienzmaßnahmen umgesetzt haben, in den vergangenen drei Jahren mehr als verdoppelt. Auch die Anzahl der Betriebe mit Effizienzmaßnahmen in der Umsetzung hat in diesem Zeitraum zugenommen.

¹¹ Zu den Chancen und Risiken der Eigenerzeugung s. „Faktenpapier Eigenerzeugung und Direktlieferung“.

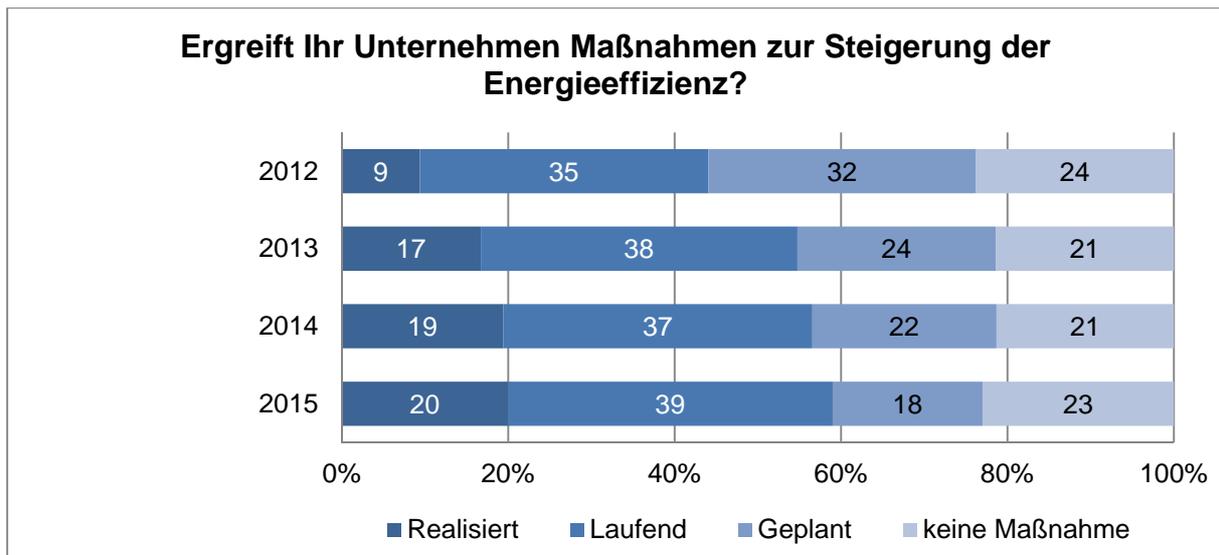


Abbildung 18: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Zu berücksichtigen ist, dass die Steigerung der Energieeffizienz ein kontinuierlicher Prozess ist. Bei den meisten Unternehmen beschränkt sie sich nicht auf eine einzelne Maßnahme. Vielmehr werden zunächst niedrigschwellige (z. B. Beleuchtung) Maßnahmen und Projekte mit geringen Amortisationszeiten umgesetzt. Je weiter Unternehmen auf diesem Weg bereits vorangekommen sind, desto schwieriger wird es, wirtschaftlich zu realisierende Potenziale zu identifizieren und zu heben. Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Abschätzung der Einsparpotenziale in den Unternehmen, die seit dem vergangenen Jahr zurückgegangen sind. 27 Prozent der Unternehmen sehen ein Einsparpotenzial von mehr als 5 Prozent des Energieverbrauchs in ihrem Unternehmen in den kommenden fünf Jahren (2014: 33 Prozent). Hierbei spielen allerdings auch die gesunkenen Öl- und Erdgaspreise eine wichtige Rolle.

Energie- und Umweltmanagementsysteme, die Durchführung von Energieaudits und andere strukturierte Ansätze wie Effizienznetzwerke oder Effizienztische können dabei helfen, jenseits der „low hanging fruits“ die Energieeffizienz im Unternehmen wirtschaftlich zu steigern.

Strategisches Energiemanagement in Unternehmen: Das fordert die Wirtschaft

Unternehmen begegnen der Herausforderung Energiewende in vielfältiger Weise, um ihre Wettbewerbsposition zu verbessern. Energieeffizienz ist die Nummer eins, um mit steigenden Strompreisen klarzukommen, gefolgt von einer Optimierung der Einkaufsstrategien. Der Bezug von Ökostrom und die Eigenerzeugung sind Möglichkeiten für Unternehmen, sich an der Energiewende zu beteiligen.

DIHK-Forderungen strategisches Energiemanagement

- Die Belastung neuer Eigenerzeugungsanlagen mit EEG-Umlage sollte rückgängig gemacht werden. In jedem Fall ist eine Sicherung des Bestandsschutzes auch über das Jahr 2017 hinaus erforderlich.
- Die Entwicklung und Umsetzung von unternehmensindividuellen Energieeffizienzmaßnahmen sollte durch positive Anreize stimuliert werden. Hierzu zählen eine stärkere Entbürokratisierung und Verzahnung bestehender Förderinstrumente im Bereich Energieeffizienz.
- Die Vermarktungsoptionen für Strom aus Erneuerbaren-Anlagen als Grünstrom sollten verbessert werden.

7. Auf dem Weg zu einer besseren Abstimmung der Bundesländer?

Die bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern ist seit dem ersten Energiewende-Barometer eine Topforderung der Unternehmen. Im ersten Halbjahr stand insbesondere die Auseinandersetzung zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung über die Notwendigkeit des Ausbaus der Übertragungsnetze von Nord- nach Süddeutschland in der Diskussion. Am 1. Juli wurde dazu von den Koalitionsspitzen ein Kompromiss gefunden (s. Kapitel 5).

Andererseits wird die Koordinierung für die künftige Ausgestaltung der Energiewende in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich im Zuge der Umstellung der Förderung erneuerbarer Energien auf Ausschreibungen erneut auf die Probe gestellt werden: So setzen (fast) alle Länder auf den Ausbau von Wind an Land, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Um über Ausschreibungen, wie gewünscht, zu einem kostenoptimalen Ausbau zu kommen, sollten möglichst keine regionalen Kriterien hinzugezogen werden. Dabei muss klar sein, dass ohne regionale Kriterien vor allem Standorte in Norddeutschland zum Zuge kommen werden.

Länder setzen Schwerpunkte

In ihrem Selbstverständnis sehen sich die Regierungen von elf Bundesländern als „Vorreiter der Energiewende“. Auch die Impulskraft der erneuerbaren Energien für die Wirtschaft wird von vier Ländern hervorgehoben. Dagegen betonen zwei Landesregierungen eher, dass die Energiewende eine Bedrohung für die heimische Industrie darstellt. Das Thema Autarkie spielt – anders als in den Vorjahren – eine weniger prioritäre Rolle.

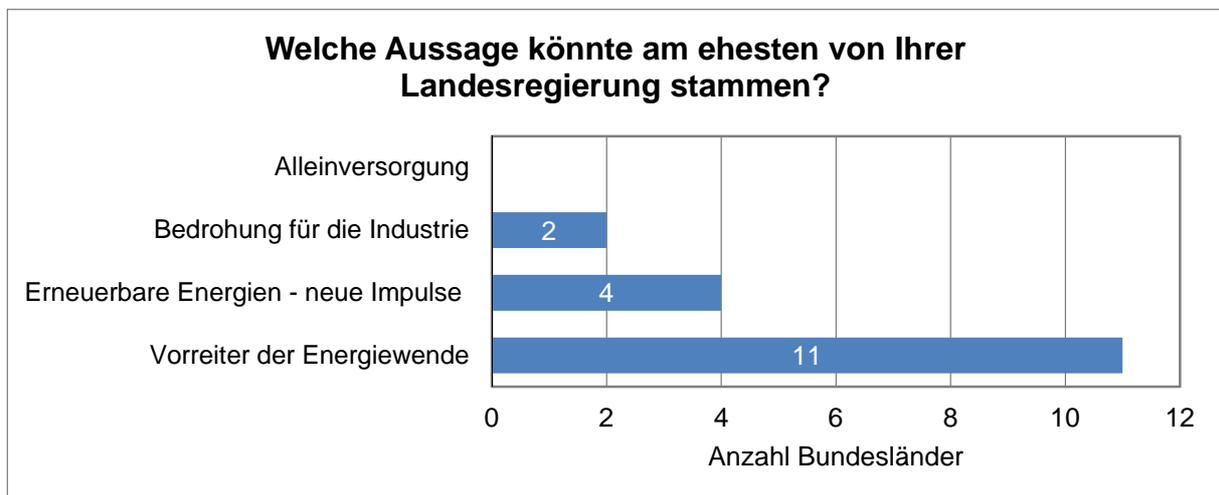


Abbildung 19: Befragung der IHK-Federführer Energie, Mehrfachnennungen möglich.

2015 hat sich der Ausbau der Windenergie an Land wieder an der Energieeffizienz als wichtigstes Thema auf Landesebene vorbeigeschoben. Anders als im vergangenen Jahr setzen in diesem Jahr zwei Länder stark auf den Ausbau konventioneller Kraftwerke. Der Netzausbau als zentrale Herausforderung für die Energiewende ist bisher nur in einem Viertel der Länder ein politischer Schwerpunkt der Landesregierungen.

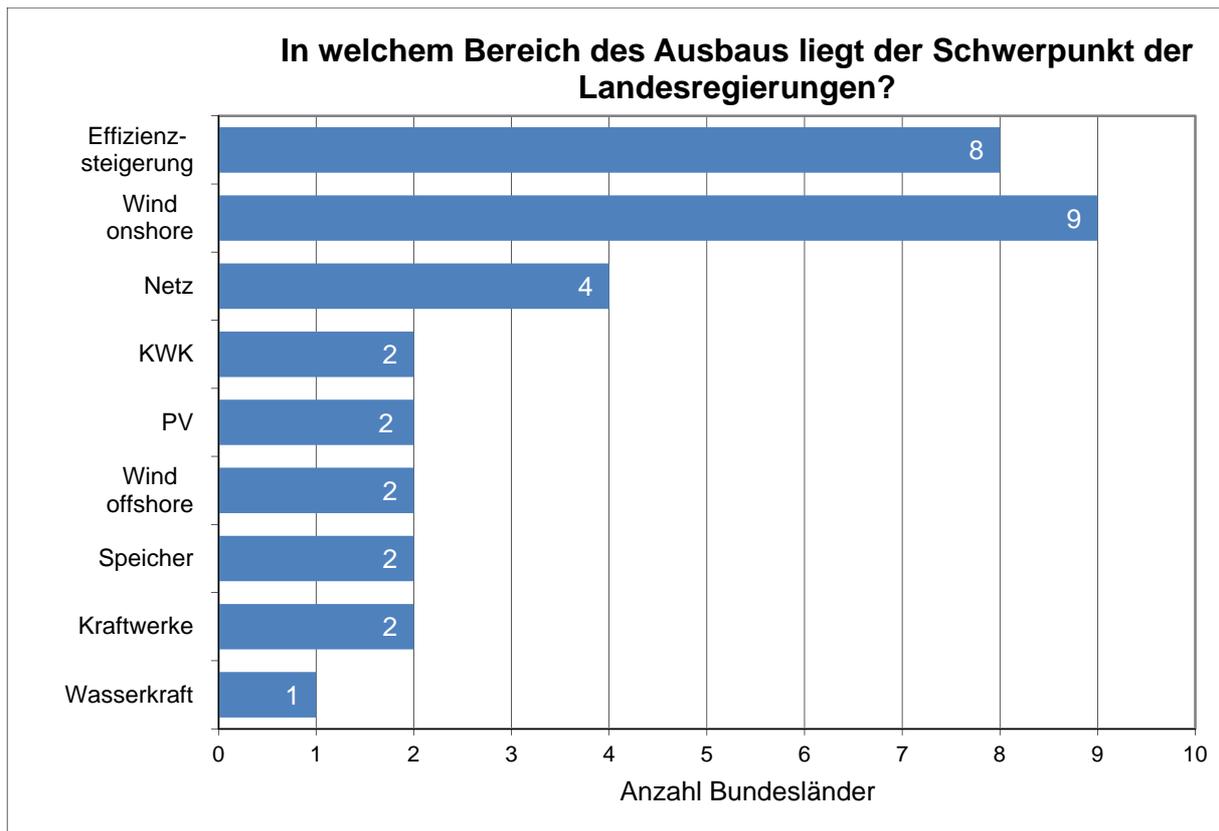


Abbildung 20: Politische Schwerpunkte der Landesregierungen. Zwei Antworten möglich. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Übersicht über wichtige Infrastrukturprojekte in den Ländern

Folgende Auswahl umfasst wichtige Energieinfrastrukturprojekte in den einzelnen Bundesländern:

- Baden-Württemberg: Ausbau des Übertragungsnetzes, insbesondere die Gleichstromtrassen (Ultranet, SuedLink)
- Bayern: Netzausbau auf der Übertragungsnetzebene SuedLink, Süd-Ost-Link), Ersatz der Kernkraftwerke, Ausbau der Gaskraftwerke um 2 GW
- Berlin: Erneuerung des Kraftwerksparks (Umstellung auf Gas)
- Brandenburg: Ausbau der 110kV-Ebene
- Bremen: Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven
- Hamburg: Erarbeitung eines Konzepts für die künftige Wärmeversorgung
- Hessen: Ausbau des Übertragungsnetzes, insbesondere SuedLink
- Mecklenburg-Vorpommern: Bau des Offshore-Windparks Baltic 2, Vorhaben zur Netzverstärkung und -optimierung auf allen Spannungsebenen
- Niedersachsen: Ausbau des Übertragungsnetzes, insbesondere SuedLink
- Nordrhein-Westfalen: Fertigstellung des Steinkohlekraftwerks Datteln IV, Pilotprojekt zur Erdverkabelung in Raesfeld, Ausbau der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
- Rheinland-Pfalz: Neubau von zwei Pumpspeicherwerken mit zusammen 700 bis 900 MW Leistung
- Saarland: Speicherprojekt LESSY
- Sachsen: Erprobung intelligenter Niederspannungsnetze

- Sachsen-Anhalt: Braunkohlenkraftwerksneubau und FuE-Speicherprojekt ADELE liegen derzeit auf Eis
- Schleswig-Holstein: Ausbau der Höchstspannungsleitungen an West- und Ostküste
- Thüringen: Fertigstellung der Thüringer Strombrücke nach Bayern, Neubau der Schmalwasser Talsperre

Beteiligung der Interessengruppen nicht immer ausreichend

Die Energiewende wurde als Gemeinschaftswerk ausgerufen, das nur mit dem Einsatz und Zusammenspiel aller Akteure gelingen kann. Eine Beteiligung der unterschiedlichen Interessengruppen findet in allen Ländern statt, wenn auch nicht immer in der zu erwartenden Intensität. Die mangelnde Einbindung mag ein Grund für den Konfrontationskurs einiger Bürgerinitiativen in den Ländern sein. Die Landespolitik ist aufgerufen, die Einbindung der Akteure vor Ort ernster zu nehmen.

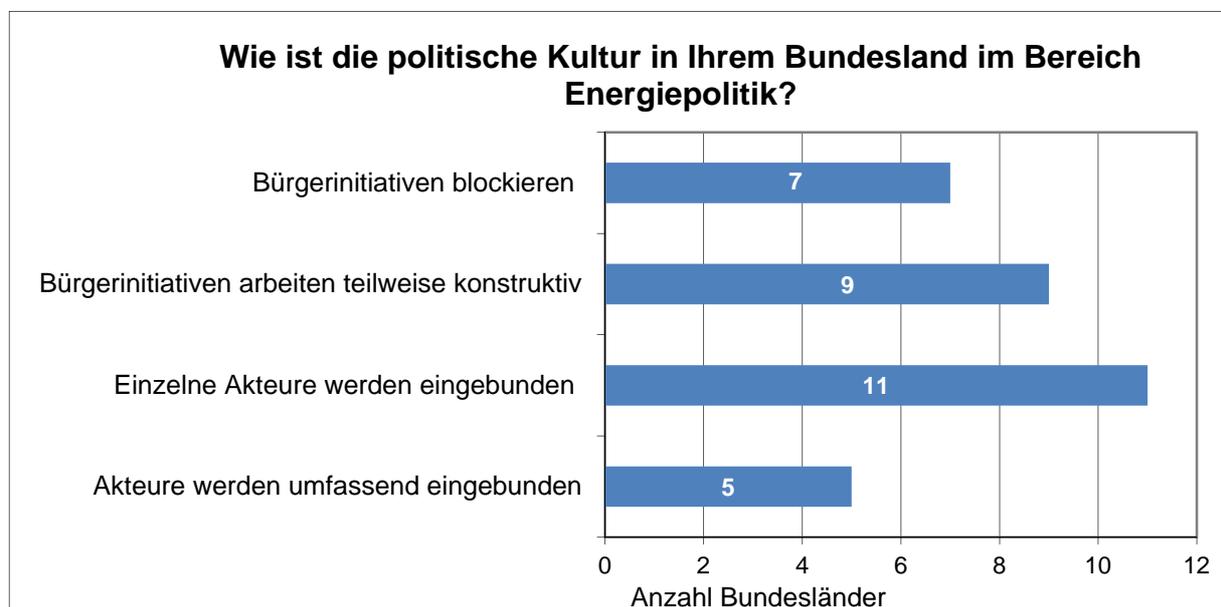


Abbildung 21: Politische Kultur in den Ländern. Quelle: Befragung der IHK-Federführer Energie.

Erneuerbare Energien: Ansiedlungsstrategien wenig erfolgreich

Zehn Länder verfolgen 2015 eine Ansiedlungsstrategie für Unternehmen aus der EE-Branche (Hersteller, Systemdienstleister, Zulieferer). Auf einer Skala von 1 (erfolgreich) bis 5 (erfolglos) werden diese Strategien von den IHKs mit 3,2 deutlich schlechter bewertet als 2014 (2,7). Damit hat sich der Wert seit 2012 (2,4) das dritte Jahr in Folge verschlechtert. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Mehrheit der Länder versucht, über eine Ansiedlungsstrategie der regionalen Wirtschaft neue Impulse zu verleihen, die Konkurrenz um die Ansiedlung von Unternehmen dieser Branche also hoch ist. Zudem hat v. a. die Solarbranche nach wie vor mit der Anpassung an einen verschärften Wettbewerb und an gesunkene Fördersätze zu kämpfen.

8. Zusammenfassung: Das fordert die Wirtschaft

Insgesamt bewertet die deutsche Wirtschaft die Energiewende deutlich weniger kritisch als 2014, wenngleich nach wie vor die negativen Auswirkungen überwiegen (vgl. Kapitel 3). Zur besseren Bewertung haben einerseits die Atempause beim Anstieg der Strompreise und die niedrigen Preise für Öl und Erdgas an den Weltmärkten beigetragen. Andererseits hat die Politik mit dem EEG 2.0 sowie den Beschlüssen der Koalition vom 1. Juli 2015 „Eckpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“ die Unsicherheit über die Entwicklung der energiepolitischen Rahmenbedingungen in den nächsten ein bis zwei Jahren reduziert.

Viele Weichenstellungen müssen von der Politik aber nach wie vor vorgenommen werden. Dies betrifft insbesondere die Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen nach Abschaltung aller Kernkraftwerke. Die Top-Forderungen der Wirtschaft zielen genau darauf: Versorgung sichern, Kosten senken und Koordination verbessern. In den letzten beiden Jahren ist auf diesen Feldern (zu) wenig passiert, um der Wirtschaft auch mittel- und langfristig stabile Rahmenbedingungen für ihr Geschäft zu geben.

Versorgungssicherheit geht nur mit Netzausbau

Versorgungssicherheit ist für den unternehmerischen Erfolg von zentraler Bedeutung: Ohne Strom keine Geschäfte. Nach wie vor kommt der dafür grundlegende Netzausbau nur schleppend voran (vgl. Kapitel 5). Ein Vorrang der Erdverkabelung, wie er in der Einigung der Koalitionsspitzen vom 1. Juli 2015 enthalten ist, kann sich hierbei als kontraproduktiv erweisen. Nicht nur ist die Erdverkabelung deutlich teurer, die Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten neu aufgesetzt werden. Folgerichtig steht der rasche Netzausbau für die Unternehmen weiter ganz oben auf der Liste der Forderungen an die Politik.

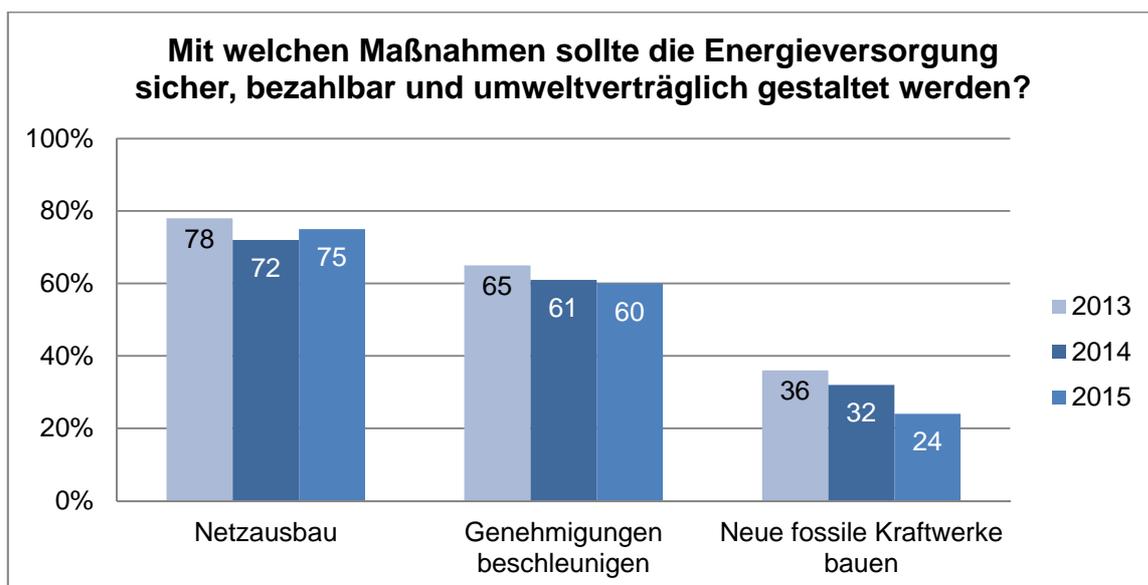


Abbildung 22: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Rascher Netzausbau gelingt nur mit beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mit der Übertragung der Planungs- und Genehmigungskompetenz für länderübergreifende

Strecken auf die Bundesnetzagentur wurde bereits 2011 ein wichtiger Schritt umgesetzt (Netzausbaubeschleunigungsgesetz, NABEG). Um die Realisierungszeiten von bislang durchschnittlich zwölf auf deutlich unter zehn Jahre zu senken, bedarf es aber deutlich mehr auch politischer Unterstützung der Vorhaben vor Ort.

Die Bedeutung des Neubaus fossiler Kraftwerke hat aus Sicht der Unternehmen in den letzten Jahren hingegen deutlich abgenommen. Diese Entwicklung ist auch auf die derzeit vorhandenen Überkapazitäten in der Stromerzeugung zurückzuführen.

Steuern und Abgaben zu hoch

Trotz gesunkener Ölpreise und der Atempause bei den Strompreisen bleibt das Thema Kosten bei den Forderungen aktuell. Für die meisten Unternehmen ist der Anteil der Steuern und Abgaben am Strompreis mittlerweile über die Marke von 50 Prozent gestiegen. Sie machen inzwischen ein Gesamtvolumen von rund 32 Mrd. Euro (ohne Mehrwertsteuer) aus. Mit der Senkung der Stromsteuer bestünde ein einfacher und schneller Hebel, um den weiteren Anstieg der Endkundenpreise für eine breite Masse an Unternehmen zumindest zu dämpfen.

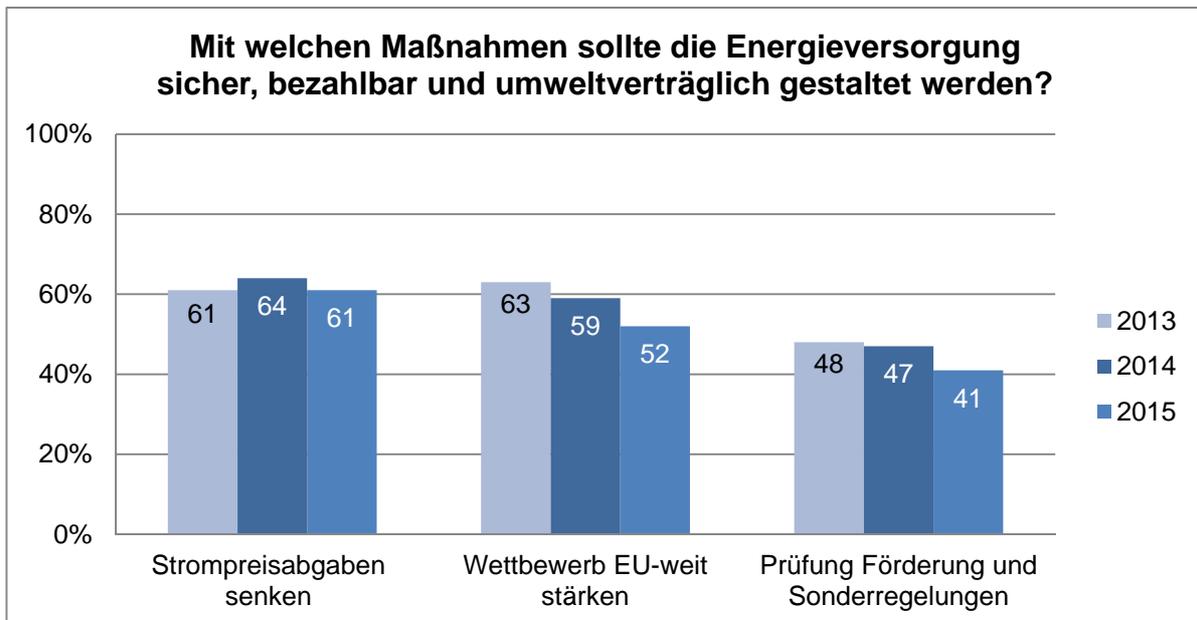


Abbildung 23: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Koordination der Energiewende nicht ausreichend

Bislang ist es nicht gelungen, das unkoordinierte Nebeneinander von Zielen und Maßnahmen aufzulösen. Das steht einer effizienten Umsetzung der Energiewende auf nationaler und regionaler Ebene entgegen. 62 Prozent der Unternehmen teilen diese Einschätzung. Auf europäischer Ebene ist die Bundesregierung bemüht, die Energiewende besser mit den Nachbarstaaten zu verzahnen: So wurde vor kurzem eine gemeinsame Erklärung für mehr regionale energiepolitische Zusammenarbeit mit den sog. elektrischen Nachbarn Deutschlands unterzeichnet (Baake-Erklärung).

Akzeptanz und rascher EE-Ausbau stehen auf der Prioritätenliste der Unternehmen weiter hinten. Auffällig ist aber, dass sich wieder deutlich mehr Unternehmen dafür aussprechen, den Erneuerbaren-Ausbau voranzutreiben.

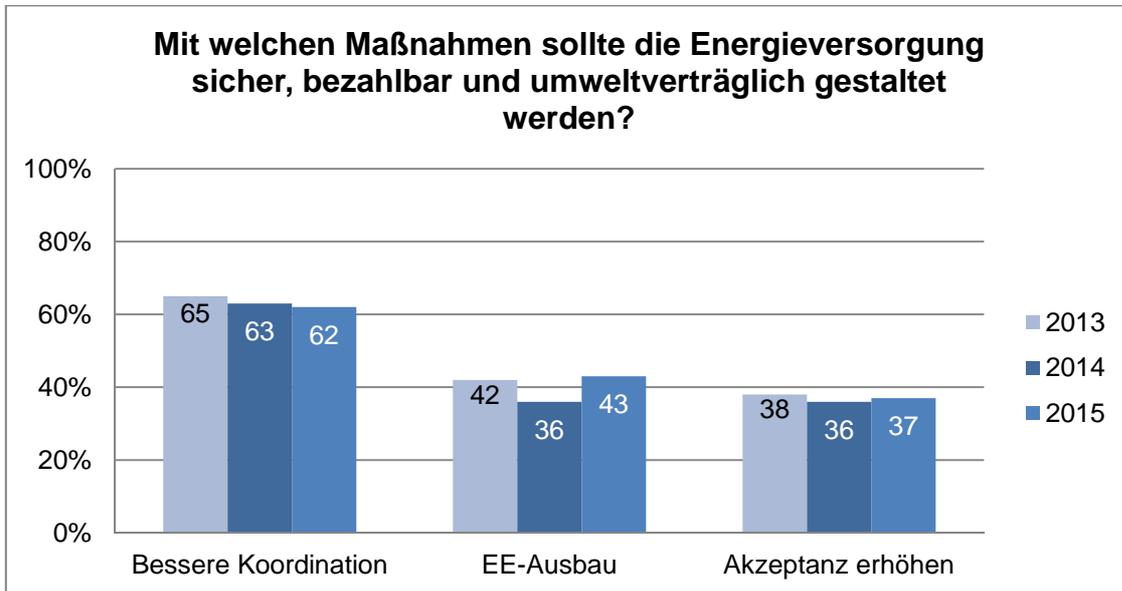


Abbildung 24: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

Energieeffizienz: Lieber fördern als fordern

Im Bereich der Energieeffizienz helfen den Unternehmen eher Beratung und Unterstützung von Seiten der Politik (33 Prozent) als gesetzliche Vorgaben für Energieeffizienz (13 Prozent). Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz greift die Forderung der Unternehmen auf. Die „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“ sensibilisiert und hilft den Unternehmen, sorgsam mit dem Einsatz von Energie umzugehen. Insgesamt sehen die meisten Unternehmen aber, dass Energieeffizienz eine Managementaufgabe ist und sich die öffentliche Hand am besten heraushalten sollte.

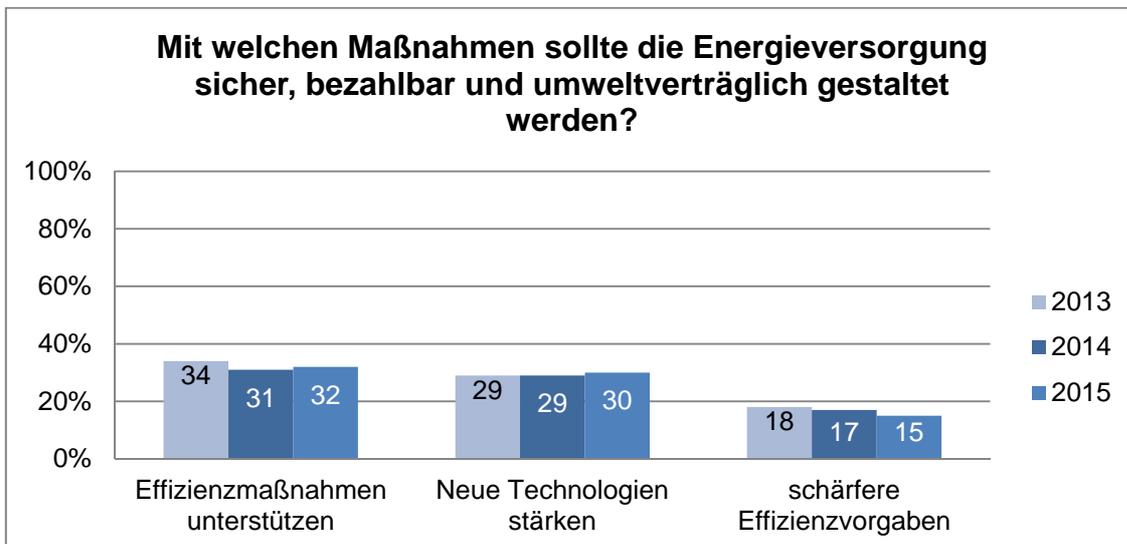


Abbildung 25: Was sollte die Politik tun? Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung.

... Fortsetzung folgt

Die Energiewende ist ein hochkomplexes Projekt mit ehrgeizigen Zielen. Sie hat den Anspruch, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu gestalten. Umgekehrt hängt die Zukunft des Wirtschaftsstandortes von ihrem Gelingen ab. Das energiepolitische Ziel-dreieck umfasst die Dimensionen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Während der Ausbau der erneuerbaren Energien aus heutiger Sicht auf einem guten Weg ist, bleibt die Sorge, dass Versorgungssicherheit und -qualität verloren gehen und die Wettbewerbsfähigkeit der Stromkosten weiter abnimmt.

Das EEG 2.0 und die „Eckpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“ vom 1. Juli 2015 haben in Kombination mit den gesunkenen Preisen für Öl und Gas und der Verschnaufpause bei der EEG-Umlage in 2015 für eine Stabilisierung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesorgt. Die nächsten Belastungen und Risiken für die Unternehmen sind aber bereits absehbar: Nach wie vor besteht die Gefahr, dass ab 2017 Bestandsanlagen zur Eigenerzeugung EEG-Umlage bezahlen müssen. Die Besondere Ausgleichsregelung für stromintensive Industrieunternehmen wird spätestens dann auch wieder zur Diskussion stehen. Der Vertrauensschutz für Investitionen wird so Zug um Zug ausgehöhlt, was dem Wirtschaftsstandort Deutschland weit über das Thema Energieversorgung hinaus schadet und Investitionen mit längeren Amortisationszeiten verhindert. Hinzu kommen die bereits heute absehbaren Steigerungen bei den Netzentgelten und möglicherweise bei der KWK-Umlage.

Aus diesen Gründen bleibt die IHK-Organisation am Ball: Sie wird weiter jährlich ein Energiewende-Barometer erstellen und Unternehmen nach ihren Einschätzungen zum Fortgang der Energiewende befragen. Defizite bei der Umsetzung der Energiewende sollen regelmäßig ebenso klar benannt werden wie Fortschritte und Erfolgsmeldungen. Darüber hinaus werden die IHKs in den Regionen auf vielfache Weise selbst aktiv bleiben, um Unternehmen zu helfen, Infrastrukturprojekte voranzubringen und damit die Energiewende zu unterstützen.

Gemeinsam mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Energie, dem Bundesumweltministerium sowie dem Handwerk hat die IHK-Organisation deshalb die „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“ gegründet. Ziel ist es, die Kommunikation der Themen in Richtung Mittelstand zu verbessern und gemeinsame, neue Angebote zur Hilfe und Unterstützung zu entwickeln. Als Teil der Initiative Energieeffizienznetzwerke, die von über zwanzig Organisationen und Verbänden der Wirtschaft sowie dem Bundeswirtschafts- und dem Bundesumweltministerium getragen wird, unterstützt die IHK-Organisation die Einrichtung von Energieeffizienznetzwerken für den freiwilligen, systematischen und zielgerichteten Erfahrungsaustausch von Unternehmen.